

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 51.

Freitag, den 2. März 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Wahl von Calbe-Mischerleben

wird in der Presse lebhaft kommentirt. Die nationalliberalen Wähler schlagen ob des Sieges wahre Purzelbäume, obwohl sie wenig Ursache dazu haben. Hätten nicht die Nationalliberalen bei der Wahl so schone Mittel angewandt, fürwahr sie hätten nicht gesiegt. Die Wähler haben vielmehr gezeigt, daß in ihren Augen Albert Schmidt nichts an seinem Werthe als Mensch und als politische Persönlichkeit eingebüßt hat, seitdem er wegen eines freien Wortes „Sträfling“ geworden ist. Genosse Schmidt hat bereits nach den bisher vorliegenden Nachrichten mehr Stimmen erhalten als bei der vorigen Wahl, mehr Stimmen, als die Sozialdemokratie jemals in diesem Wahlkreise aufgebracht hat. Selten ist übrigens die Theilnahme an einer Erstwahl so stark gewesen, wie in Calbe-Mischerleben. Aber das hat seinen besonderen Grund: Dank der Taktik der vereinigten bürgerlichen Parteien stand das Gerichtsurtheil gegen unsern Genossen Albert Schmidt, das ihn der Majestätsbeleidigung schuldig und deswegen seines Mandats verlustig erklärte, nicht nur im Vordergrund des Kampfes, sondern es war überhaupt der Gegenstand des Kampfes. In allen ihren Reden, Flugblättern, Aufrufen und Kreisblatt-Artikeln wußten die nationalliberal geführten Gegner kein anderes Argument geltend zu machen, als die Frage der Majestätsbeleidigung. Wer den verurtheilten Majestätsbeleidiger wählt, macht sich selbst der Majestätsbeleidigung schuldig! In tausendfacher Variation wurde das immer und immer wiederholt.

Glauben die Schützer des Monarchismus Anlaß zur Zufriedenheit mit der von ihnen beliebten Wahltaktik zu haben? Ihr Erfolg besteht darin, daß sie die bürgerlichen Parteien vollzählig für den nationalliberalen Kandidaten mobil gemacht haben, daß sie einige Hunderte von politischen Schlafmützen, die 1898 überhaupt nicht wählten, auf die Beine brachten und so eine Majorität gewannen. Aber die Klassenbewußte Arbeiterschaft vermochten sie nicht im allergeringsten zu erschüttern. Auch das aufdringliche Hineinzerren der kaiserlichen Person, auch die größten Einschüchterungsversuche vermochten die Arbeiterschaft nicht von ihren Idealen, von den sozialistischen Forderungen zu verschrecken. Es übte gar keine Wirkung auf die Wählermassen aus, daß man sie im voraus der Majestätsbeleidigung für schuldig erklärte. Das Wahlergebnis ist damit gestempelt worden zu einem Gerichtsurtheil über das Magdeburger Gerichtsurtheil und zu einem Votum gegen die Seuche der Majestätsbeleidigungsprozesse durch die Schuld der eifrigsten Vertreter des monarchischen Prinzips. In welcher schäbigen Weise die Gegner den Wahlkampf führten, davon haben wir früher mehrfach Proben gegeben. Nichts von sachlichen Argumenten; neben persönlicher Berunglimpfung unseres Kandidaten, der im Gefängniß sitzt und sich nicht selbst verteidigen konnte, nur noch persönliche Berunglimpfung aller Sozialdemokraten. Welcher Mittel man sich sonst noch im Wahlkampfe zu bedienen beliebte, davon liefert noch ein hübsches Beispiel folgendes Schriftstück, das ein Herr Geheimrath Dr. Boden an die „nationalliberalen Vertrauensmänner“ richtete:

Schönebeck, 22. Februar 1900.

Sehr geehrter Herr!

Ich habe heute davon Kenntniß genommen, daß die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags auf Grund von Protesten der sozialdemokratischen Partei die Wahl des Reichstagsabgeordneten v. Loebe für ungültig erklärt hat. Die Proteste, welche darüber Beschwerde führten, daß Mitglieder ihrer Partei, trotzdem sie sich legitimieren konnten, aus dem Wahllokal entfernt seien, sind für begründet erachtet. Ich möchte doch deshalb, entgegen meiner früheren Anschauung, empfehlen, nicht zu streng bei der Frage der Legitimation vorzugehen, damit wir nicht die Wahl des Herrn Blode gefährden.

Geheimrath Dr. Boden.

Die „nationalliberalen Vertrauensmänner“, an die das Rundschreiben gerichtet ist, können natürlich keine sozialdemokratischen Vertrauensmänner aus den Wahllokalen weisen und ihnen keine Legitimationen abverlangen; das können, wie der Geheimrath natürlich auch wissen

wird, nur die Wahlvorgesetzten. Diese dürften daher mit den nationalliberalen Vertrauensmännern ungefähr identisch sein.

Dieses „Sieges“ dürften sich die „Ordnungs“parteien nicht besonders rühmen; ist er doch überhaupt nur möglich geworden dadurch, daß sowohl die Freisinnigen als auch die Antisemiten gescheiterten für Blode stimmten. Die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ preist bereits in vollen Tönen die „seltene Einmüthigkeit“ der bürgerlichen Parteien; Judenfreunde und Judenhater Arm in Arm, um die Sozialdemokratie zu besiegen und einen Vertreter des Großkapitals in die Volksvertretung zu senden — ein liebliches Schauspiel!

Wir haben den Wahlkreis verloren; bemerkt der „Vorwärts“, aber dieser Verlust ist — das ist außer Zweifel — nur eine sehr schnelle vorübergehende Erscheinung. Die Arbeiterschaft des Wahlkreises hat ein glänzendes Zeugniß für ihre politische Schulung abgelegt, indem sie trotz des Appells an Gefühle, die dem Spießer noch immer als das höchste erscheinen, in unverminderter, ja erheblich vermehrter Zahl für einen Kandidaten stimmte, der auf Jahre hinaus im Gefängniß festgehalten wird. Die Arbeiterschaft, die unter den schwierigsten Verhältnissen so ehrenvoll gefochten, sie wird bei der nächsten Wahl den Wahlkreis wieder zurück erobern und dem festen Besitzstand der Sozialdemokratie einreihen.“

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote“.)

Berlin, den 28. Februar 1900.

Spötter auf der Journalistenbühne wollten behaupten, die „gährende Leere im Reichstags-Saale und die noch größere auf der Estrade des Bundesraths — nur einige versprengte Kommissare ließen sich auf ihr blicken — sei auf aschermittwöchliche Stimmung und diese auf die vorausgegangene Fastnacht zurückzuführen. Andere wieder sind der Meinung, daß über den Diktaturparagraphe sich mit bestem Willen nichts Neues mehr sagen läßt. In der That ergriffen zu der dritten Lesung des Antrages auf Aufhebung dieser fürtrefflichen Staatsinstitution nur ein paar Elsäßer das Wort, die nun einmal, um mit Friß Reuter zu sprechen, „die Nächsten dazu“ sind; auch sie sprachen weniger zur Sache selbst als vielmehr zum „Fall Hohenlohe Sohn“; Prinz Alex wurde eines offenkündigen „Zwiepsalts der Natur“ überführt; der Geheimrath Halle erwies sich auch nicht gerade als der Drindur, der solchen Zwiepsalt zu erklären mußte. Als nebenbei auf die überraschend schnelle Karriere des Kanzlerjohnes angespielt wurde, die sich stark unterscheidet von dem langsamen Vorwärtsschreiten plebejischer Karrenschieber auf der Verbesserung steiler Bahn, breitete Präsident Graf Waldersee schützend seine Hände über dem Haupte des „Reichskindes“ aus und fügte die „außeramtlichen Verhältnisse“ der Abgeordneten als neue Nummer zu dem reichsortirten Lager von Gegenständen, so im deutschen Reichstage „Tabu“ sind und an die der Vorwitz pietätloser Demokraten nicht rühren darf. Selbstredend wurde der Antrag in dritter Lesung mit großer Majorität angenommen; desgleichen in erster und zweiter Lesung ein zweiter elsässischer Antrag, der die Einführung geheimer, gleicher, allgemeiner und direkter Wahlen für den reichsständischen Landesausschuß verlangt. Der Liberalismus der Nationalliberalen war mit ihrer Abstimmung gegen den Diktaturparagraphe erschöpft; gegen die Aenderung des elsäß lothringischen Wahlsystems ließen sie durch den Abgeordneten Büsing die bekannten „staatsmännischen“ „Bedenken“ vortragen und stimmten gegen ihn; von Bebel und Gröber (Z.) wurde dieser merkwürdige Liberalismus einer ebenso scharfen wie treffenden Kritik unterzogen. — Hatte so das Land der unmaszkirten Ausnahmegeetze Stoff für den ersten Theil der Sitzung geboten, so besorgte das Land der maskirten Ausnahmegeetze, Sassen, den Stoff für den zweiten Theil. Die gestern nicht zum Abschluß gelangte Erörterung über die Petition der sächsischen Konsumenten eine gegen die ihnen auferlegte Umsatzsteuer gab unseren beiden Genossen Bebel und Wurm ausreichende Gelegenheit, die Mittelstandsretterei, der Ruh- und Zwecklosigkeit untrennbar anhaftet, gebührend zu geißeln und die Unvereinbarkeit dieser arm-

seligen Kirchthurnspolitik mit der neuerdings inauguirten „Weltpolitik“ überzeugend nachzuweisen. Abg. Gröber antwortete mit juristischen Haarpalsterereien; Dr. Vertel mit der gewohnten Mittelstandspauke. Die künftigmittelstands-schmeichlerische Mehrheit des Hauses begrub die Petition, entgegen dem Antrage unserer Fraktion, unter dem Uebergang zur Tagesordnung. Dasselbe Schicksal wurde ein anderer Petition zuteil, die es aber reichlich verdiente: der Petition um Erhöhung der Steuer auf Trinkbranntwein. Abg. Bindewald, sonst ein Redner vom Büdler-schlage, hatte einen guten Tag; er wies überzeugend nach, daß die Trunkucht auf solche Weise nicht zu bekämpfen ist. Die große Mehrheit des Hauses trat ihm bei; gegen die Stimmen einiger Pfaffen wurde der Antrag der Kommission, die Petition als Material der Regierung zu überweisen, abgelehnt. — Morgen steht der Etat des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung.

156. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Antrages Winterer (E.) und Gen. betr. Aufhebung des Diktaturparagraphe.

Winterer (E.) kommt auf die Stellungnahme des Prinzen Alexander Hohenlohe zurück. Derselbe habe sich für Aufhebung sämtlicher Ausnahmegeetze, mindestens soweit sie speziell Elsaß-Lothringen betreffen, ausgesprochen. Der Prinz hat ferner an das Komitee in Kolmar ein Schreiben gerichtet, in welchem er dieses bat, zu erklären, wenn sein Gegenkandidat nicht gewählt würde, so werde der Diktaturparagraphe in zwei Monaten verschwinden. (Hört, hört links und b. d. Elsäßern). Das Komitee hat sich übrigens, zu seiner Ehre sei's gesagt, nicht darauf eingelassen. In derselben Stadt Kolmar wurde ein Verein verboten, der sich als demokratisch bezeichnete; denn, so hieß es, das Wort „demokratisch“ sei verfassungswidrig. Ebendort wurde eine Zeitung verboten, weil man annahm — obwohl sonst nichts gegen sie vorlag — daß sie die Fortsetzung zweier verbotenen Blätter sei. Einzelne Bestimmungen der französischen Pressegesetzgebung werden noch heute in Elsaß-Lothringen angewandt. Die Pflicht des Reichstages ist, uns bei dem Bestreben zu helfen, Elsaß-Lothringen die Gleichstellung mit den übrigen Bundesstaaten zu erkämpfen, die Aufhebung des Diktaturparagraphe ist der erste Schritt dazu.

Geheimrath Halle behauptet, es existiren keine offiziellen Blätter und Kandidaturen in Elsaß-Lothringen. (Lachen bei den Elsäßern und Sozialdem.) Auch die Kandidatur des Prinzen Hohenlohe war keine offiziöse. (Erneute Heiterkeit). Das Blatt in Kolmar, von dem der Vorredner sprach, wurde verboten, weil es seinem Inhalte wie seinem Außern nach die Fortsetzung zweier Blätter war, die verboten wurden, weil sie im Jahre 1897, am Vorabend der Centenariesfeier, gleichlautende Artikel gebracht hatten, in denen die Verdon Wilhelms I. geschmäht wurde.

Büling (E.): Aus der Haltung des Prinzen Hohenlohe ergibt sich auf's Neue, daß das Amt eines Volksvertreters nicht mit einer hohen Regierungsstellung vereinbar ist. Auf die neulichen Ausführungen des Herrn Reichstagskanzlers habe ich zu erwidern, daß auf die Eroberung des Landes die Eroberung der Herzen folgen und daß nicht eine Warnungs-, sondern eine Veröhnungsaufgabe ausgerichtet werden muß. (Bravo).

Damit schließt die Generaldiskussion. Ohne Spezialdiskussion wird der Antrag in dritter Lesung gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theiles der Reichspartei angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Rüchly und Gen. (E.) betr. die Neuregelung der Wahlen zum elsäß-lothringischen Landesausschuß.

Winterer (E.): Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen besteht heute aus Abgeordneten der Bezirkstage, der vier größeren Städte und der Landkreise, die theils durch die Gemeinderäte, theils durch Wahlmänner gewählt werden. Eine auf so complicirte Weise gebildete Körperschaft kann natürlich nicht vom Volke als seine Vertretung angesehen werden. Es wird nur heilsam wirken, wenn durch Einführung der allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlen einige oppositionelle Abgeordnete in den Ausschuß gelangen. Ich hoffe, daß der Reichstag unseren Antrag wieder, wie schon einmal, mit großer Mehrheit annehmen wird.

Büling (E.) erklärt, er habe zwar für die Aufhebung des Diktaturparagraphe gestimmt, aber müsse gegen den vorliegenden Antrag Stellung nehmen, weil derselbe nur den reichsständischen Elementen in Elsaß-Lothringen zugute kommen werde.

Rüchly (E.) empfiehlt den Antrag. Trotz aller Maßregeln, die man anwende, werde sich die Idee des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auch in Elsaß-Lothringen Bahn brechen.

Gröber (Z.) bedauert die Stellungnahme der nationalliberalen Partei und wundert sich, wie ein auf Grund des direkten Wahlrechts gewählter Abgeordneter sich für das indirekte Wahlsystem hat aussprechen können, dessen Verwerflichkeit schon Fürst Bismarck richtig gekennzeichnet habe. Besser noch keinen, als einen Scheinvolksvertreter. Das Zentrum werde, trotz einiger Bedenken, die sich auf Einzelheiten beziehen, für den Antrag stimmen.

Bebel (S.D.): Die Nationalliberalen haben auch bei anderen Gelegenheiten sich nicht als die warmen Freunde des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bewiesen, für die Herr Gröber sie zu halten scheint. Dagegen stimme ich mit ihm darin durchaus überein, daß selbst keine Volksvertretung besser ist, als ein Scheinvertretung. Wenn Herr Büling von den direkten Wahlen zum Landesausschuß neue Demurrirungen fürchtet, so mußte er konsequenter Weise die Einführung des indirekten Wahlsystems auch für die elsäß-lothringischen Reichstagswahlen fordern. Außerdem erfreut sich Elsaß-Lothringen noch aus französischer Zeit her des allgemeinen, direkten und zensurfreien Wahlrechts. — Die Haltung des Abg. Büling gegenüber dem Landesausschuß-Wahlsystem steht

in Widerspruch zu seiner Haltung gegenüber dem Diktatorparagrafen, den er doch aufheben will, weil er eine deutschfeindliche Gefahr nicht für vorliegend erachtet. In der That liegt auch eine solche Gefahr nicht vor. — Es ist ein alter Fehler der deutschen Regierung, daß sie selbst dem Volke mißtraut, dagegen Vertrauen von diesem fordert. An solcher veralteten Anschauung scheint die Regierung leider auch Maß-Vorbringen gegenüber festhalten zu wollen. Wir stimmen im Interesse der Gerechtigkeit wie der reichsständischen Bevölkerung selbstredend für den Antrag Rückh. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Barthmann (F.Vp.) tritt für den Antrag Rückh. ein. Es liege kein Grund vor, Maß-Vorbringen unter eine Ausnahmebestimmung zu stellen.

Nach einem Schlußwort des Abg. Deijor (Els.) als Mit-antragstellers wird der Antrag in erster Lesung und sodann ohne Debatte in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen.

Zunehmend wird die gestern abgebrochene Debatte über die Petition betr. die kommunale Besteuerung der Konsumvereine fortgesetzt.

Bebel (S.D.): Nach der gestrigen Behauptung des sächsischen Bundesrathsbevollmächtigten ist in der Verordnung betr. die Besteuerung der Konsumvereine ausdrücklich darauf hingewiesen, man solle mit großer Vorsicht verfahren und die Steuer auf sämtliche großkapitalistische Vereinigungen ausdehnen. Das mag richtig sein. Thatsächlich hört man nur von der Besteuerung des Umlages der Konsumvereine, die aus Arbeitern und kleinen Beamten bestehen, und mit großkapitalistischen Vereinigungen zusammengeordnet werden. Die letzteren zur Steuer heranzuziehen, haben sich die Kommunen erst auf Betreiben der Regierung veranlaßt gesehen; davon wirklich getroffen werden sie noch heute nicht. Auch hat man meiner Kenntnis nach die Besteuerung noch nicht auf die Beamten- und Offizier-Konsumvereine ausgedehnt, sondern sich auf die Arbeiterkonsumvereine beschränkt. — Wie kann die Regierung zu einem solchen Vorgehen ihre Zustimmung geben, sie, die doch das ländliche Genossenschaftswesen unterstützt, das mindestens ebenso, wie die Konsumvereine, den gewerblichen Mittelstand schädigt? Die ländlichen Genossenschaften beschränken sich nicht mehr auf den Einkauf und Verkauf von Düngemitteln, Sämereien, Maschinen usw., sondern dehnen ihre Thätigkeit auf alle möglichen Gebiete aus. Herr Dr. Dertel sagt, er betrachtet die ländlichen Genossenschaften nicht als Alibi-Mittel; das stimmt; aber als eines der log. „kleinen Mittel“ sind sie ihm schon ganz genehm. Diese ländlichen Genossenschaften thun den Verkäufern in kleinen und mittleren Städten großen Schaden; sie verkaufen Kaffee, Thee, Cigarren, Wein usw. Dieses Vorgehen hat denn auch nicht verfehlt, in den Kreisen der Kleinhandlerviertel große Erregung hervorzurufen. Aber von einer besonderen Besteuerung dieser Genossenschaften hört man nichts; im Gegentheil: der Staat unterstützt sie noch materiell. Um so mehr gewinnt dadurch das Vorgehen gegen die Arbeiterkonsumvereine den Charakter einer Ausnahmebestimmung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich habe schon darauf hingewiesen, wie sehr sich die Anschauungen über die Konsumvereine geändert haben. Zu Bassalle's Zeit wurden die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen. Gerade von bürgerlicher Seite wurden damals die Konsumvereine als Alibi-Mittel gezeichnet. Jetzt dagegen wird gegen verachtete Bestrebungen Front gemacht, die doch mit der Sozialdemokratie nichts zu thun haben. Niemand hat sich um jene Partei mit den Konsumvereinen identifiziert: noch der letzte Parteitag hat wieder und zwar auf meinen Antrag erklärt, daß wir den Konsumvereinen sympathisch gegenüberstehen, aber keine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter von ihnen erwarten. Noch etwas haben bedauerlicher Weise die Regierung und die Herren, die im preussischen Abgeordnetenhaus für die Waarenhäusersteuer eintreten, außer Acht gelassen. Herr Dertel hat auf meine Rede Bezug genommen, in der ich den Rückgang des Handelsstandes konstatiert habe. Dieser angebliche Rückgang wird nun auf die Konsumvereine zurückgeführt. Ich habe aber in meiner Rede, die Dr. Dertel anzog, gar nicht vom Handel, sondern vom Gewerbe gesprochen. Im Handel hat keine Abnahme, sondern eine Zunahme der Betriebe stattgefunden, weil eine Anzahl kleiner Etablissements, die aus dem Gewerbebetriebe durch übermäßige Konkurrenz herausgedrängt worden sind, im Handel eine Zuflucht gesucht haben. In Sachverhalt ist diese Zunahme noch stärker gewesen, als im übrigen Deutschland, wie Sie daraus ersehen mögen, daß dort im Jahre 1882 auf je 194 Einwohner, im Jahre 1895 aber bereits auf je 115 Einwohner ein Handelsbetrieb kam. Diese kolossale Ueberfüllung und nicht etwa die Konsumgenossenschaften sind der Grund der Noth der kleinen Handelstreibenden. Dieselbe wird daher nicht durch die Drangsalierung der Konsumvereine erwiehen. Die Umsatzsteuer wird sich als ein Schlag ins Wasser erweisen. Herr Dr. Dertel sprach gestern von sächsischen Konsumvereinen, die 14, 16, 18 pSt. Dividende geben; er vergaß zu erwähnen, wie viele weniger geben. Der durchschnittliche Gewinn der Konsumvereine beträgt nicht über 10 pSt. Man sagt man, wenn ein Konsumverein 14 pSt. Dividende zahlt, so kann er auch 2 pSt. Steuer zahlen. Dabei vergißt man erstens, daß der Reingewinn nicht in die Taschen einer kleinen Anzahl von Aktionären fließt, sondern sich auf Tausende von Mitglieðern vertheilt, zweitens, daß die Steuer auf den Umsatz und nicht auf den Reingewinn gelegt wird, und schließlich drittens, daß der Konsumverein nebst der noch 4 pSt. Staatssteuer nebst einem vielleicht noch höheren Kommunalzuschlag zu bezahlen hat. So kommt es, daß ein Konsumverein mit einer Million Umsatz circa 28—29 000 Mk. Steuern zu zahlen hat, während eine Aktiengesellschaft mit entsprechendem Umsatz nur 8—9000 Mk. zu zahlen hat. Die Konsumvereine werden so hoch besteuert, während ihre Mitglieder doch wirklich keine Kapitalisten sind. Der arme Mann, der dem Konsumverein beiträgt, um bessere Waaren zu erhalten und sich außerdem auch auf die kleine Dividende zu verheissen, wird nun davon eine Steuer von 20—25 Prozent bezahlen, der Kapitalist aber, der 100 000 Mark Einkommen hat, zahlt nur 3 Prozent Einkommensteuer. Dabei ist die „Kölnische Zeitung“ bei der Einführung der Einkommensteuer seiner Zeit, daß man, wenn in dieser Weise Vermögenskonfiskation getrieben werde, genöthigt sein werde, seine monarchische Gesinnung zu revidieren.“ Den Arbeitern soll aber der kleine Ertragewinn, den sie sich durch ihre Intelligenz und Arbeitskraft erworben haben, ruhig konstatirt werden, das kümmert die Herren nicht. — Was wird schließlich die Folge von dieser Umsatzsteuer sein? Sie werden die Besteuerung auf die Großbetriebe überheben müssen, wie es Herr Camp ja auch im Abgeordnetenhaus ausführte. Auch der Sozialdemokrat wird durch den elektrischen Betrieb geschädigt. Durch die Einführung einer großen Abgabe werden bis 10—12 Schreiner zu Grunde gehen. Haben diese nicht das Recht auf Existenz wie die Kleinhandlerviertel. Sie kommen schließlich zu der Konzeption, die ganze Gewerbebetriebe aufheben zu müssen. Das Vorgehen der sächsischen Regierung ist also ganz unvernünftig, doch auf eine Dummheit mehr kommt es dieser Regierung wohl nicht mehr an. (Heiterkeit und Lächeln. Bravo! b. d. Soz.)

Gröber (Z.): Früher regnete man die Konsumvereine nicht unter die Gewerbebetriebe. Jetzt ist man allgemein der Ansicht, daß diese Vereine Gewerbebetriebe mit der Absicht der Gewinnerzielung sind. Daß die Umsatzsteuer in Widerspruch mit der Reichsgesetzgebung steht, ist also eine irrige Auffassung. Wir werden daher für Uebergang zur Tagesordnung stimmen.

Dr. Dertel (A.): Gegen Konsumvereine, die Kaffee, Thee u. verkaufen, hat wir auch. Der Grund der Ueberfüllung unterliegt solche Genossenschaften nicht. — Wenn die Kommunen nur die Konsumvereine heranzuziehen, so wird die Besteuerung auf Kleinbetriebe überheben müssen, was ich auch schon früher sagte. Diese Großbetriebe müssen ebenso getroffen werden, wie die großen Offizier- und Beamtenkonsumvereine. Der Mittelstand muß erhalten werden, sonst kann aus auch eine große Flotte mit acht oder zehn Schwadern nichts werden. (Bravo! rechts.)

Naab (A.): Die Umsatzsteuer liegt im Interesse der Erhaltung des Mittelstandes. Daß die Sozialdemokraten verächtlich von Mittelstandskretzelei sprechen, ist von ihrem Standpunkt aus nur consequent. Wenn wir für die Erhaltung des Mittelstandes etwas thun, wird er ein festes Bollwerk gegen den Umsturz werden. Die Konsumvereine haben nach gewisser Richtung hin ihre volkswirtschaftliche Berechtigung, aber im allgemeinen kauft man in besseren, selbstständigen Geschäften mindestens ebensogut. Es wird oft über schlechtes Gewicht in den Konsumvereinen geklagt und billiger verkauft sie auch nicht. In den Konsumvereinen wird die Waare in größeren Mengen eingekauft und eine Hausfrau wirtschaftet mit größeren Mengen leichter als mit kleinen. Die Sozialdemokratie sieht in den Konsumvereinen wirtschaftliche Machtfaktoren. Erst soll der Konsum organisiert werden, dann die Produktion. Wir wollen dafür sorgen, daß die sozialdemokratischen Bäume der Konsumgenossenschaften nicht in den Himmel wachsen. (Beifall rechts.)

Wurm (S.D.): Die Rechenkunst des Herrn Dr. Dertel steht auf sehr schwachen Füßen. Er weiß noch nicht, daß wenn in einem Betrieb die Dividende sich von 10 auf 8 pSt. verringert, dies ein Unterschied von 20 pSt. des Gewinnergebnisses ist. Aus den Büchern, die heute mein Freund Bebel gegeben hat, erhellt, daß im Handel allein die Zahl der selbstständigen Existenzen sich vermehrt hat. Herr Dertel meinte, der Großgrundbesitz verzins sich meist nur mit 2 pSt. Ich glaube die Herren, die Herr Dertel hier vertritt, würden sich sehr dagegen wehren, wenn man sie mit 2 pSt. expropriieren wollte. — Ich kann allemöglich nachweisen, daß die sächsische Regierung bei der Verordnung der Umsatzsteuer nicht gerecht vorgegangen ist, daß wirklich nur die Konsumvereine besteuert werden. So sind in Burgkötz 2 Geschäfte, in Crimmitschau 5 Geschäfte steuerfrei geblieben. Wir geben zu, daß der großkapitalistische Betrieb den Kleinbetrieb aufzuzieht. Gerade deswegen sind wir Sozialdemokraten. Wir konstatieren nur die Thatfache der Entwicklung, denn in das großkapitalistische Getriebe einzugreifen, haben wir leider keine Macht. Die Konsumvereine sind entstanden, um den Zwischenhandel soweit er überflüssig ist, zu eliminieren. Wir wollen ihn nicht künstlich erhalten, da er ja nur der Konsumenten wegen da ist, nicht umgekehrt. Die Konsumgenossenschaft in Hamburg ist ganz jungen Datums, an ihr kann der von Herrn Naab behauptete Rückgang der selbstständigen Geschäfte in Hamburg nicht liegen. In Leipzig, wo der größte Konsumverein besteht, ist die Zahl der selbstständigen Geschäfte noch gewachsen. Wir halten die neue Steuer für geeignet, die Konsumvereine völlig zu erdroffeln, und dieser Effekt wird wohl auch von den Mittelstandskretzern gewünscht. Geschädigt werden nur die armen Arbeiter, und diese werden sich dafür bei den Wahlen bedanken. (Sehr richtig! links.) Es giebt ja auch in Sachsen Kommunen, die auf diese Steuer verzichten. Aber die Konsumvereine wollen ja im sächsischen Landtage auf eine Staatssteuer hinwirken. Dann wird auch der Dresdener Konsumverein getroffen werden. Die sächsische Regierung verwendet eben zweierlei Recht: das schlechte für die Arbeiter, das gute für die Besitzenden. (Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht und Gen. (Soz.) auf Ueberweisung der Petition an den Reichskanzler zur Berücksichtigung wird abgelehnt, der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Eine weitere Petition verlangt Besteuerung des Trunkbrautweins. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Birdewald (Antij.): Daß man mit der einseitigen Besteuerung des Brautweins die Trunksucht aus der Welt schaffen will, ist mir unerfindlich. In manchen Fällen ist der Schnaps gar nicht zu ersehen. J. B. können die Landarbeiter, die in der glühenden Hitze auf dem Felde zu arbeiten haben, ohne Schnaps garnicht auskommen. Warum will man nicht in gleicher Weise den Champagner besteuern? Wir verlangen, den Schutz der kleinen Leute zu beobachten und beantragen daher, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Das Haus beschließt diesem Antrag gemäß. Der Kommissionsantrag ist mit großer Majorität abgelehnt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Etat des auswärtigen Amtes.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Die Flottenvorlage befindet sich genau noch in demselben Stadium, wie sie sich nach Abschluß der ersten Berathung im Reichstag am 10. Februar befaß. Die „freie Kommission“, die angeblich über eine Verständigung verhandelt, beruht auf Phantasie des Berliner Korrespondenten der „Magdeburger Ztg.“ Der Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann verhält sich gegen alle irgendwo auftauchenden Vorschläge zur Deckungsfrage vollständig ablehnend unter Verweisung auf Herrn v. Miquel. Ebenso passiv verhält sich der Reichskanzler, als wenn ihn die Sache nicht das Mindeste angeinge! Die Bestellung eines Referenten für die Budgetkommission über die Flottenvorlage ist überhaupt noch nicht in Frage gekommen. Im Reichstag herrscht, nach der „Freif. Ztg.“, die Meinung vor, daß Miquel mittelbar auf die Auflösung des Reichstags hinarbeitet und bei der Passivität der übrigen Minister dieses sein Ziel auch erreichen wird.

Zum Fall Arons wird der ultramontanen „Köln. Volksz.“ aus Berlin geschrieben:

„Wir haben schon mehrfach den Ausdruck erwähnt, den vor Jahren der emeritirte protestantische Prediger Emil Kendorra machte; als er von der Kanzel herunter die Gottheit Christi und andere Dogmen geleugnet habe, sei ihm nichts gefehlen, als er aber politisch gegen die herrschenden Klassen angekreuzt sei, habe man sofort eine Disziplinarrichterung gegen ihn eingeleitet. Wer erinnert nicht das Schicksal des Privatdozenten Arons an das jenes Predigers? Von den Lehrstühlen der Staatsuniversitäten leugnen wohlbestallte Professoren nicht nur die Grundlagen des Christenthums, sondern sogar Gott selbst, aber Niemand tastet ihre Stellung an, zuweilen werden sie sogar mit Orden und Ehrentiteln ausgezeichnet. Ist dagegen ein Universitätslehrer Sozialdemokrat, so darf er nicht einmal Physik und Mathematik lehren. Dazu kann man nur mit Schafpelze sagen „Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!“ Dabei ist Kaiser Wilhelm ein positiver gläubiger Christ, dem nichts ferner liegt, als sich über den König aller Könige, den Herrn des Himmels und der Erde zu erheben, und wenn er wirklich von der Sozialdemokratie als einer vorübergehenden Erscheinung sprach, so ist die Absehung des Privatdozenten Arons auch schwerlich damit in Einklang zu bringen. Wir sehen Herrn Arons auf allen Gebieten, politisch und religiös, diametral gegenüber, aber aus erquickter Feindschaft regelt er das biblische Wort von den „Hunden“ seinen Hund und Kamele verächtlich.“ Den kleinen Arons hängt man, und große wissenschaftliche Gegner des Christenthums, welche unter dem Schutze staatlicher Aufstellung fortgesetzt die Grundlagen unserer christlichen Gesellschaftsordnung untergraben, läßt man laufen! In einer solchen Politik liegt nicht Sinn und System.“

Das kirchliche Blatt hat von seinem Standpunkte aus so unrecht nicht. Man darf heutzutage Gott lästern; aber wehe dem, der nicht den Tanz um das goldene Kalb macht! Man sieht, welche schönen Verfolgungsseifer das Ministerium mit seinem Vorgehen gegen Arons bei Aro angeregt hat, denen die Freiheit der Wissenschaft ein Dorn im Auge ist. Und das Schlimmste ist, die Ultramontanen haben jetzt eine Berechtigung zu ihren Beschwerden. — Uebrigens werden demnächst die Altentstücke im Fall Arons im Druck erscheinen. Die vielfache Annahme, daß in dem Disziplinarverfahren nur die Prinzipienfrage eine Rolle gespielt habe, wird, wie die „Vib. Korresp.“ meldet, durch die Akten nicht bestätigt. Seitens der Staatsanwaltschaft war der Versuch gemacht, auch in der Uebertretung der Thätigkeit des Angeeschuldigten etwas tabelnwertiges nachzuweisen, was eine Verurtheilung sehr erleichtert hätte. Die Fakultät hat den Spieß umgedreht und hat (obgleich auch sie umfangreiche politische Thätigkeit nicht gern sieht) die Prüfung der persönlichen Handlungsweise geradezu zu einer Vorrede auf den Angeeschuldigten ausklingen lassen. Nachdem in dem Urtheil erklärt ist, daß die Fakultät den Angeeschuldigten freigesprochen habe, wird wörtlich hinzugefügt: „Sie that dies zugleich in Würdigung der Thatfache, daß Dr. Arons nie versuchte, an die Studierenden agitatorisch einzuwirken, daß er nach dem Zeugniß der Fachmänner ein ausgezeichnete jüngerer Gelehrter und nach dem Zeugniß aller, die ihn näher kennen, ein tadelloser Privatcharakter ist.“ Dabei ist denn begrifflich, daß der Staatsanwalt es vorzog, diesen Punkt aufzugeben und sich auf die Prinzipienfrage zu beschränken.

Die „Erdrofflungssteuer“ im preussischen Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus hat Dienstag die Vorlage betreffend die Besteuerung der Waarenhäuser eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Aus der Debatte können nur zwei Reden Anspruch auf Werth erheben, die der Abgeordneten v. d. Borcht (N.L.) und Dr. Barth (F.Vg.), die sich beide gegen die Vorlage ausgesprochen. Abg. v. d. Borcht erörterte die der Handel innewohnende Tendenz, die zu immer größerer Konzentration führe. Er schilderte die Vorzüge der Waarenhäuser und gab ein übersichtliches Bild von der Lage des Kleinhandels, von dem nach seiner Meinung ein Theil infolge des Mangels jeder kaufmännischen Bildung, aber auch infolge des Mangels an Kapital zu Grunde gehe, während ein anderer Theil sich neben den großen Waarenhäusern noch auf lange Zeit hinaus halten werde. Unter Ablehnung jeder Ladebesteuerung empfahl er den kleinen Gewerbetreibenden, sich genossenschaftlich zusammen zu schließen und sich so selbst zu helfen. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Abg. Dr. Barth, der betonte, daß der steuerrechtliche Zweck der Vorlage zurücktrete hinter dem sozialpolitischen Zweck und daß wenn der Entwurf Geseß geworden sei, die kleinen Gewerbetreibenden die Enttäuschung erleben müßten, die ihnen doch nicht geholfen sei. Mit seiner Ablehnung hat der Abg. v. d. Borcht keineswegs die ganze nationalliberale Fraktion hinter sich. Abg. v. Gynere weiß noch nicht, wie er sich zu der Frage stellen soll, und Abgeordneter Horn sprach sich für die Miquel'sche Vorlage aus. Auf dem Boden des Entwurfs stand auch die Freikonservative, von denen die Abgeordneten Lüders, Rückhoff und Camp zu Worte kamen. Sie wünschen aber die Ausdehnung der Umsatzsteuer auf die großen Spezialgeschäfte, die mit ihren Prospekten das Land überschwemmen und dem Kleinbetrieb oft noch schädlicher seien als die Waarenhäuser. Abg. Camp, der wieder einmal danach lechzte, zu zeigen, wie wir in seinem Kopfe aussieht, verlangte außerdem, daß die Minimalgrenze, von der ab die Umsatzsteuer erhoben wird nicht auf einen Umsatz von 400 000 Mark bemessen wird, sondern daß sie je nach der Größe der Städte verschieden bemessen sein soll. Natürlich will er in seiner bekannten Feindschaft gegen die Städte nicht diesen den Ertrag von neuen Steuer zuweisen, sondern vielmehr dieselbe zu Gunsten der kleinen Betriebe verwendet wissen. Von vordringenden Ansichten er besetzt ist, zeigt u. a. die Auffassung, daß es den kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden nur deshalb schlecht gehe, weil es ihnen an Arbeitskräften fehle. Die jungen Leute ziehen zu „ungebundene Leben“ in der Industrie der strengen Zwänge im Handwerk vor. Daß Herr Camp die Sozialdemokratie zur Unterstützung seiner Ansicht von der Notwendigkeit einer Besteuerung der Waarenhäuser herangezogen ist nicht zu verwundern. In Bayern haben unsere Genossen gegen eine Erdrofflungssteuer gestimmt, also solche Steuer eine Wohlthat. Hoffentlich sind nun auch die Gegner der Vorlage überzeugt. Herr v. Miquel, der ebenfalls in die Debatte eingriff, konnte als wirksames Argument für seine Vorlage nichts weiter anführen, wie das bekannte Märchen von den Bodmitteln, die unter dem Einkaufspreis in Waarenhäusern verkauft werden, um für andere Waaren desto mehr zu nehmen.

Die Ergebnisse der Produktionserhebungen, die in den letzten Jahren vom Reichsamt des Innern angefertigt worden sind, sollen im einzelnen nur den theilhaftigen Industriezweigen „vertraulich“ mitgeteilt werden. Mit der Veröffentlichung einiger der wichtigsten Schlußzahlen beginnt jetzt das Reichsamt des Innern, zunächst für die Textilindustrie, in den „Nachrichten für Handel und Industrie“. Danach umfaßt in der deutschen Textilindustrie die Erzeugung von Halbfabrikaten einen Verkaufswert von 835 344 204 Mk. und eine Menge von 524 070 950 Kilogramm und die Erzeugung von Garfabrikaten einen Verkaufswert von 1914 6 Millionen Mark. In diesen 1914,6 Mill. Mark ist die Werterhöhung nicht enthalten, die ein großer Theil der Fabrik

butch Veredelung in selbstständigen Veredelungsbetrieben (Weichereien, Färbereien, Druckereien, Appreturanstalten etc.) erfahren hat. Einschließlich dieser Wertverhöhung sowie des noch nicht erfassten Theiles der Hausweberei dürfte der Gesamtwert der erzeugten Ganzfabrikate der Textilindustrie sich auf mehr als zwei Milliarden beziffern.

Kleine politische Nachrichten. Das französische Witzblatt „Le Rire“ ist auf zwei Jahre in Deutschland verboten worden. — Der Zentralausschuß kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine in Berlin hat sich mit überwiegender Mehrheit gegen die Waarenhaussteuer-Vorlage ausgesprochen. Eine dahingehende Resolution mit eingehender Begründung soll der Kommission des Abgeordnetenhauses übermittelte werden. — Herr von Stumm hat keine Opfer gebracht. Die „Post“ bemerkt gegenüber der „Allg. Volkstz.“, Herr von Stumm habe bisher für die „Post“ keine Geldopfer gebracht. Das mag sein. Herr von Stumm hat lediglich einen Besitzantheil von 50000 Mk. an der „Post“, für dessen Rinsen Herr von Redlich jährlich in 100 Zeitariteln oder in 200 Entreezetteln scharf machen kann. — Unruhen in Deutsch-Ostafrika aus Anlaß der Eintreibung der Hüttensteuer werden in kolonialfreundlichen Blättern für das Ostafrikagebiet angeklagt. Der wiederholt aufreißerische Hüttensteuer-Beschlag, Wafi, der nach seiner letzten Besiegung unter den Kanonen des Forts von Moshi angezündet wurde, ist aus dem Nachbereich der Station entflohen und gilt als Haupt einer Verbindung von Stämmen gegen die deutsche Herrschaft. Die kolonialfreundlichen Blätter führen die Unruhen darauf zurück, daß die deutsche Verwaltung etwas versehen in der Befolgung des Grundsatzes: divide et impera (theile und herrsche). Selbst Marake von Marangu, der stets „deutschfreundlich“ war, soll nun „unruhig“ geworden sein. — Es gilt jetzt nach der „Frankf. Ztg.“ als ausgemacht, daß die dänische Regierung die weinischen Inseln nicht verkaufen wird, da der König und der Ministerpräsident Hoerring dagegen sind. — Das englische Unterhaus lehnte mit 199 gegen 175 Stimmen den von Robert Lewis eingebrachten Gesetz-Entwurf betr. die Einführung des Wuchergesetzes für die Bergarbeiter ab. — Ein kleiner karistischer Putschversuch wird aus San Sebastian (Spanien) gemeldet. Einige Bauern der Ortschaft Andoain versuchten in der Nacht sich eines Transportschiffes, der den Karlisten bei Bergara konfiszirt worden war, zu bemächtigen. Die Eskorte aber warf die Angreifer zurück und verwundete einen davon. Das Volkswort ist völlig belanglos und zudem eine Dummheit, aber es lehrt doch, wie unzerstörbar der vom allerhöchsten Klerus gepflegte königstreue Unsturz sich in Spanien erhält. — Beim Karneval in Caracas schoß, wie Reuters Bureau meldet, eine Zivilperson auf den Präsidenten Castro. Der Präsident blieb unverletzt.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz. Noch verlautet nichts über die Wirkungen, welche der englische Erfolg bei Paardeberg auf die anderen Kriegsschauplätze ausgeübt hat. Die englischen Blätter zehren immer noch von dem Erfolge, den Roberts erzielte, doch warnen sie vor Uebertreibung. Ihre Freude ist besonders dadurch gemindert, daß Roberts so wenig Kanonen erbeutet hat; nach den letzten amtlichen Nachrichten sind es nur 2 Maxim. und 3 andere Geschütze. Eine sensationelle Nachricht bringt die „Kabel-Corresp.“ Sie behauptet nichts weniger, als daß der gefangene Piet Cronje mit dem transvaalischen Nationalhelden nicht identisch sei. Dieser heiße Andries Cronje und sei ein Vetter des Gefangenen, der als Kommandeur einer Zehnttruppe (und die gefangene betrug ja allerdings nur wenig über 3000 Mann), der Vormarsch der Engländer aufgehalten hätte. — Die Mittheilung ist entschieden bestätigungsbedürftig, wenn es an sich auch nicht unmöglich wäre, daß Andries Cronje in aller Stille zugehört hätte, wie sich Lord Roberts mit 50 000 Mann am Paardeberg festhielt, während er, Andries Cronje, die Sammlung der Büren an anderer Stelle unbehinderter vollziehen konnte.

Wie Lord Roberts meldet, ist Cronje und seine Familie in Begleitung des englischen Generals Preshmann und einer militärischen Eskorte Dienstag nach Kapstadt abgereist; später folgten die anderen Gefangenen, deren Zahl auf 3700 festgestellt wurde, ebenfalls unter Eskorte; die Kinder und Frauen wurden nach der Heimath gesandt.

Kendalsburg ist, nach einer Meldung Roberts', Dienstag von General Clemens wieder besetzt worden. Zweifellos haben sich die dort stehenden Büren mit dem Gros ihrer Armee vereinigt. Auch Jameson (im Norden der Kapkolonie) ist von den Büren aufgegeben worden. Sie sammeln anscheinend ihre Kräfte zu einem wirksamen Vorstoß.

Im Auslande hat die Niederlage der Büren bei Paardeberg allgemeine Theilnahme erweckt, besonders in Holland. Im Uebrigen giebt man die Sache der Büren noch lange nicht verloren. So erklärte der Oberbefehlshaber des amerikanischen Heeres, General Miles, in einer Unterredung, die Uebergabe des Generals Cronje werde die Sache der Büren eher stärken als schwächen. Der Umstand, daß 3000 Büren 50 000 Briten gegenüberstanden, zeige, daß die Büren auf dem Schlachtfelde von Werth seien. — In Rußland ergreifen alle Pressstimmen, soweit solche bereits vorliegen, leidenschaftlich gegen England Partei. Namentlich die leitenden Blätter sprechen die Meinung aus, Europa dürfe der weiteren Vergewaltigung nicht länger zusehen, der Moment zur Intervention sei gekommen und diejenige Macht, die die Initiative ergreife, werde sich mit unvergänglichem Ruhme bedecken. Einstimmig wird dem unergieblichen Heidenmuth der Büren begeisterte, rückhaltlose Anerkennung gezollt, während in dem schließlichen Siege der Uebermacht keine Heldenthat erblickt wird.

Vor Ladysmith hat angeblich Buller einen Erfolg errungen. Am Sonntag wurde zwischen den Büren und Buller ein Waffenstillstand abgeschlossen, um die Todten zu bestatten. Am Mittwoch meldet Buller, er habe am Dienstag Pieters Hill im Sturm und die Hauptstellung des Feindes in glänzendem Angriff genommen und 60 Gefangene gemacht. — Der Pieters Hill liegt wenige Kilometer nördlich vom Tugela, an der Bahn nach Ladysmith. Vor einigen Tagen war bereits davon die Rede, daß der Angriff der Engländer sich gegen die Melthorp-Station richtet, welche nach Ladysmith 5 Kilometer nördlich von Pieters-Station liegt. Die Meldung Bullers über seinen Erfolg am Dienstag lautet ausführlich wie folgt: Hauptquartier in der Glogwane- Ebene, 28. Februar. Bartons Brigade führte am Dienstag Abend den Gipfel des Pieters Hill an und umging so in gewissem Grade den linken Flügel des Feindes. Die 4. und 11. Brigade unter dem Oberbefehl Warren's machten einen Angriff gegen die Hauptstellung des Feindes, welche bei Sonnenuntergang in glänzender Weise genommen wurde. Es wurden 60 Gefangene gemacht. Der Feind ist nach allen Richtungen zerstreut; anscheinend blieb noch eine bedeutende Anzahl vom Feind auf dem Bulwanaberge zurück. Ich hoffe, daß die britischen Verluste nicht groß sind. (1). Der Bulwanaberg ist die Hauptstellung der Büren vor Ladysmith, von wo aus eine Entfernung von 8000 Yards die Geschosse des Lauen Tom die Stadt bestreichen.

Die Meldung ist so unklar, wie alle früheren Bullers. Er will die Hauptstellung der Büren „glänzend“ genommen haben und muß doch zugeben, daß noch eine bedeutende Anzahl des Feindes zurückgeblieben ist. Daraus geht aber doch nur hervor, daß er überhaupt nichts erobert hat. Seine Verluste verschweigt er wieder.

Die unklare Form, in der er sie meldet, berechtigt zu der Annahme, daß sie sehr groß gewesen sind. Auch die Verluste der Engländer vor Ladysmith am 23 und 24 Februar waren schwerer als man bisher annahm. Wie jetzt gemeldet wird, sind allein in der Freitag Nacht bei den Kämpfen am Pietersberge von 17 Offizieren der Infanterie 14 verloren gegangen. Ueber diesen Nachtkampf wird englischerseits noch berichtet: Die Infanterie-Regimenter mit dem Dubliner und Connaught-Rangers-Regiment gingen unter fortwährendem Feuer über ein schweres und ebenes Gelände bis zum ersten Schützengraben der Büren auf halber Höhe des Hügel's vor. Die Büren gingen auf den Gipfel zurück, kamen dann auf beiden Flanken wieder vor und unterwarfen die genannten Trupps einem furchtbaren Feuer von beiden Seiten und in der Front. Die Engländer hielten die ganze Nacht unter schrecklichen Verlusten aus. Beim Namensanruf antworteten nur 5 Offiziere und 400 Mann. 252 Mann sind todt oder verwundet.

Aus Ventheim wird, nach holländischen Depeschen, sogar gemeldet, Ladysmith sei von den Büren erobert, wobei General Buller gefallen sein soll. Wir registriren die Meldung, ohne ihr indes Glauben beizumessen.

Übect und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 1. März.

Achtung, Parteigenossen! Auf die heute Abend im Vereinshaufe stattfindende öffentliche Parteiversammlung machen wir an dieser Stelle noch besonders aufmerksam. Die Frage, ob nach Aufhebung des Verbindungsverbotens eine Aenderung unserer örtlichen Parteiorganisation eintreten soll, ist eine so außerordentlich wichtige, daß es Pflicht der Genossen ist, zahlreich zur Entscheidung derselben zu erscheinen. Außerdem steht die Abrechnung der Vertrauensleute auf der Tagesordnung.

Das Wahlergebnis in Calbe-Ascherleben läßt das Amtsblatt hoch aufjubeln und lügen. Verschwiegen wird nämlich von dem Blatte, daß weit mehr Arbeiter als 1898 dem verurtheilten Majestätsbeleidiger Schmidt ihre Stimme gaben, obwohl von nationalliberalen Seite jeder Wähler Schmidts von vorneherein zum Majestätsbeleidiger gestempelt wurde. Für die „Monarchisten“ bedeutet die Wahl eine furchtbare Ohrfeige, die wegen ihres skandalösen Verhaltens wohl verdient ist, für die Sozialdemokratie liefert das Wahlergebnis, obwohl der stets nur in Stichwahlen gewonnene Kreis infolge der Selbstkastration der Antifemiten und Freisinnigen verloren ging, einen glänzenden, ehrenvollen Achtungserfolg, der dafür bürgt, daß der Kreis ihr bald alle reife Frucht dauernd zufallen wird.

Die Verächtigung der Krankenkasse „Germania“, welche wir gestern abdruckten, ist auch in der gestrigen Ausgabe der „Bremer Bürgerztg.“ enthalten. Genanntes Blatt bemerkt dazu: „Unser Gewährsmann theilt uns dazu u. a. mit, daß erst kürzlich wieder ca. 100 bei einem Arbeitgeber beschäftigten „Germania“-Versicherten die schriftliche Bestätigung ihrer Mitgliedschaft zugegangen ist, obwohl sie bereits vor fast einem Jahre die Mitgliedschaft angemeldet haben und seit der Zeit Beiträge zahlen. Der betreffende Arbeitgeber ist verpflichtet, für die ganze Zeit die Beiträge an die Ortskrankenkasse nachzuzahlen, da die von ihm Beschäftigten thatsächlich noch nicht Mitglieder der „Germania“, also noch nicht gegen Krankheit in einer dem Gesetz entsprechenden Weise versichert waren. Dieser eine Fall ist bezeichnend.“

Ein Schenkel in Menschengestalt scheint der Berliner Polizei in der Person des in Spandau wohnenden Arbeiter Seefeld in die Hände gefallen zu sein. Der viehische Patron ist bereits überführt, in zwölf Fällen in der Wohnung seiner Zuhälterin, einer gewissen Eckert, an kleinen Knaben widerrechtliche Verbrechen verübt zu haben. Man hat ihn nun auch im Verdacht, in der Zeit seit 1896 an drei Kindern Lustmorde verübt zu haben. Seefeld, welcher nach Angabe der Berliner Blätter aus Lübeck stammt und hier eine Frau und einen achtjährigen Sohn haben soll, ist von Hause aus mit verbrecherischen Neigungen behaftet. In der Schule zeichnete er sich durch Grausamkeit aus und später hat er eine 1 1/2 jährige Gefängnisstrafe wegen Sittenverbrechen erlitten.

Bei den Bürgerchaftswahlen hat der Vaterstädtische Verein ein Defizit von ca. 530 Mk. gemacht. Die ganze Jahreseinnahme des Vereins betrug nur 1312,45 Mk. Als potugiesischer Vizekonsul ist Kaufmann Alfred Winlos vom Senate zugelassen worden.

Der Bürgerschaftsausschuß hielt gestern eine Sitzung ab, in der eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen war. Schiffsverkehr im Hafen. In der vorigen Woche liefen ein 18 Dampfer, 3 Segler, angelangt sind 13 Dampfer, 3 Segler.

Der Dampfer „Rant“ ist nach telegraphischen Meldungen bei der Halbinsel Hela gestrandet. Elf Personen sind mittelst Raketenapparates gerettet. Hülfsdampfer ist nach dort abgegangen. Weitere Meldungen liegen noch nicht vor.

Eine Preiserhöhung haben die hiesigen Seifenhändler für Delfeise eintreten lassen. Sie fordern jetzt 22 Pf. per Pfund wegen der Steigerung der Delpreise.

pb. Diebstahl. Einem Kommiss wurden aus seinem Logis in der Katharinenstraße ein Paar Schnürstiefel gestohlen, während aus einem im Gr. Kiefau belegenen Hause eine Uhr entwendet und bei einem Pfandleiher für 2 Mk. verpfändet wurde.

Cutin. Bei der Landtagsersatzwahl für die Stadt Oldenburg ist der Reichstagsabgeordnete unseres Kreises, Bargmann, gegen den nationalliberalen Landgerichtsrath Kunde durchgefallen.

Cutin. Das diesjährige Musterungsgeschäft im Aushebungsbezirk Cutin wird wie folgt stattfinden: 1. am Sonnabend, den 17. März d. J., morgens 9 Uhr im Lokale des Gastwirths Jürgens in Schwartau: Musterung der Jahrgänge 1878, 1879 und 1880 und der älteren aus den

Gemeinden: Flecken Schwartau, Fleckendorf, Ost- und West-Katlau. — 2. am Montag, den 19. März d. J., morgens 9 Uhr daselbst: Musterung derselben Jahrgänge aus den Gemeinden: Oberwohlde, Curau, Stodelsdorf und Knefelde. — 3. am Dienstag, den 20. März d. J., morgens 9 Uhr im Lokale des Gastwirths Weidemann in Ahrensbüttel: Musterung derselben Jahrgänge aus den Gemeinden: Flecken und Landgemeinde Ahrensbüttel, Siesel, Siblin und Waisau. — 4. am Mittwoch, den 21. März d. J., morgens 8 1/2 Uhr im Lokale des Gastwirths Röper in Cutin, „Gasthof zum Landhaus“, Königstraße Nr. 1: Musterung derselben Jahrgänge aus den Gemeinden: Stadt- und Landgemeinde Cutin. — 5. am Donnerstag, den 22. März d. J., morgens 8 1/2 Uhr daselbst: Musterung derselben Jahrgänge aus den Gemeinden: Malente, Neustirgen, Wosau und Hebingdorf. — 6. am Freitag, den 23. März d. J., morgens 10 Uhr daselbst: Lösung.

Ahrensbüttel. Holzverkauf. Donnerstag, den 8. März, Nachm. halb 2 Uhr kommen in Farms' Gasthaus zu Ahrensbüttel zum öffentlichen Verkauf: Wahlbofscherholz, Eichen: 2 Fm. Rademacherholz, Hainbuchen: 5 Fm. Nusskämme, Eichen: (Schwienhüttenbief) 68 Fm. Nusskämme bis 37 Cm. stark, Buchen: 39 Nusskämme bis 77 Cm. stark, zusammen 56 Fm., 29 Fm. ger. Drämme, 690 Nm. Nuss- und Brennholz von Nr. 384 an und 136 Hansen Zweigholz von Nr. 261 an. — Ferner Sonnabend, den 10. März, Nachm. 2 Uhr im Gnißauer Pekkathen: Kuchloppel. (Heinswisch, Moorbief und Behnkamp.) Eichen: 14 Fm. Rademacherholz, Eichen: 2 Fm. Nusskämme, Eichen: 3 Fm. Pantoffelholz, Buchen: 6 Nusskämme, zus. 5 Fm., 11 Fm. ger. Drämme, 340 Nm. Kluft- und Knüppelholz und 140 Hansen Zweigholz.

Aparade. Ausgewiesen werden sollte der Tischlerlehrling Ravn, weil er bei einem dänisch-gefinnten Meister arbeitete. Sein Vater, den man nicht über die Grenze bringen kann, weil er Optant, also Preuze ist, verschaffe ihm einen deutschgefinnten Lehrherrn, und nun darf der Junge bleiben. Pyramidal schneidig, auf Ehre! — „Kaus aus dem Lok!“ mußte dagegen der Geselle eines Böttchermeisters auf der Insel Alsen.

Wismar. Die Nothwendigkeit der Verkürzung der zweijährigen Dienstzeit wird recht treffend bewiesen durch eine Meldung der „Weckb. Volksztg.“, wonach hiersebst ein Soldat längere Zeit in der Werkstätte eines Tischlermeisters mit Arbeiten beschäftigt gewesen ist, die nicht einmal für einen zu militärischen Zwecken dienenden Bau bestimmt waren.

Neustrelitz. Ein Arbeitgeberverband des Baugewerkes für das ganze Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz hat sich hier gegründet.

Stavenhagen. Arbeiterkräftig. Am Dienstag verunglückte auf dem Albrecht'schen Zimmerplatze der Zimmerer S. Steffenhagen an der Kreisstraße. Ein Planenstück flog ihm gegen den Unterleib und traf ihn derart, daß er schwerkrank im Hospitale liegt.

Oldenburger Landtag.

A. K. Die Sitzungen der vorigen Woche brachten lebhaft und interessante Erörterungen neben wichtigen Beschlüssen. Eine tief einschneidende Frage wurde ausgetrollt bei der Besprechung der Erweiterung der evang. Schullehrerseminars in Oldenburg. Die Regierung schlug vor, das Seminar von 4 auf 5 Jahre zu erweitern, dafür aber das Aufnahmealter von 15 auf 14 Jahre herabzusetzen. Sie will nicht die Lehrziele erhöhen, sondern der Lehrstoff soll gründlicher verarbeitet und die praktische Übung der Seminaristen vermehrt werden. Dem Verwaltungskommissionen lagen nicht weniger als vier Anträge vor. Antrag 1: Bewilligung der fünften Klasse bei der Altersgrenze von 15 Jahren. Antrag 2: Bewilligung der fünften Klasse. Antrag 3: Ersuchen an die Regierung, dem nächsten Landtag eine Vorlage zu machen betr. Einrichtung einer sechsten Klasse. Antrag 4: Vorlage an den nächsten Landtag betr. sechste Klasse bei der Altersgrenze von 14 Jahren. Den Regierungsvorschlag vertheidigte Minister Flor. Was er sprach, war nicht eben erfreulich. Er fürchtet, daß die Kosten für die Ausbildung der Erzieher der Jugend ins Ungemeine steigen würden, wollte man den Wünschen der Lehrer Rechnung tragen. Kenntniß fremder Sprachen brauchen die Volksschullehrer nicht. Die Hebung ihres Ansehens erreichen die Lehrer am besten durch Fleiß und Strebsamkeit im Dienste. Man glaubt den preussischen Landwirtschaftsminister zu hören. Abg. Gerdes trat ihm entgegen. Er erinnert an andere Bundesstaaten, die weiter vorgedrungen sind. Ueberall müßten Privatschulen als Ersatz dienen für die Bessersituirten. Der Volksschullehrer empfinde das als ein Zeugniß, daß er unfähig sei. Eine gute Volksschule schaffe Zufriedenheit bei Lehrern und Arbeitern. Abg. Alhorn führte treffend aus, Oldenburg stehe auf dem Niveau von Mecklenburg und Meuß a. L. Seit 24 Jahren sei nichts mehr geschehen. Jetzt stagnire das Schulwesen völlig. Es genüge nicht, daß der Lehrer nur das Gebiet beherrsche, das er zu lehren habe. Wer das glaube, huldige mittelalterlichen Anschauungen. Der Lehrer müsse gründlich die Disziplinen der Philosophie und Pädagogik kennen, auch dürfe er noch nicht mit 19 Jahren in ein Amt kommen. Ein vom Minister gestifteter Zeugnissetze gerade. Darauf leistete Herr Flor sich den famosen Anspruch, dann sei der Zeuge jetzt im Unrecht (1) Abg. Schröder verlangte, daß die Lehrziele in den Naturwissenschaften höher gestellt werden sollen. Es sei gut, daß der Religionsunterricht nicht mehr so übertrieben werde. Fremdsprachlicher Unterricht sei nöthig, um den Bauernhöfen die Vorbereitung für das Gymnasium zu ermöglichen. Abg. Pastor Dittmer-Gnißau wiederholte bereits Gesagtes. Abg. Burlage hielt eine echt miederische Heerde. Er erwartet von dem Schulunterricht einen Rückhalt gegen die Utopien, die jetzt die Welt bewegen. Erst komme der Religionsunterricht, wozu die Naturwissenschaften nicht gehörten. Zu den oberen Gelehrtenkreisen sei man jetzt von den Frelehrern der Naturwissenschaft abgekommen, es gebe große Gelehrte, die an einen persönlichen Gott glauben. Abg. Alhorn verlangte demgegenüber ein praktisches, rein kirchliches Seminar. Die Volksschule sei ein Kind der Reformation. Abg. v. Hammerstein hofft, daß die Regierung zur geeigneten Zeit die auch von ihm ersehnte sechste Klasse bringen werde, während Abg. Funck an Stelle der Fremdsprachlehre Pflege der plattdeutschen Sprache verlangt. Abg. Tauken wies auf die überhandnehmende Unzufriedenheit und die Zunahme der Privat-schulen hin. Eine gute Volksschulbildung sei ein Hülfsmittel für das ganze Leben. Die sechste Klasse sei unbedingt nothwendig. Ganz vorurtheillich, wie ein Junker vor 500 Jahren, gebärdete sich Abg. Daatman. Er will nicht, daß der Wissensdrang in noch weitere Kreise getragen werde und den Trieb etwas höheres zu werden, fördere. Er wünsche, es wäre noch wie früher, daß der Sohn im Beruf des Vaters folgte. Den Standpunkt der Sozialdemokratie präzisirte Genosse Hug sehr geschickt. Wir geben keine Rede deshalb ausführlicher wieder. Er führte aus: Ich stimme für die Anträge 1 bezw. 3 und 4.

und zwar aus nützlichsten Erwägungen. Wenn auch meine prinzipiellen Anschauungen über Volksbildung aber das in den Untertagen Geforderte hinausgehen, so liegt es doch in dieser Richtung. Wenn die Lehrerschaft in ihrer großen Mehrzahl verlangt, daß ihre Ausbildung eine bessere werde, so möge man dem doch Rechnung tragen und nicht sagen, sie sind zu sehr interessiert dabei. Unsere Schulbildung genügt den Anforderungen der Zeit nicht mehr. Die Brücke von den Volksschulen in's Erwerbsleben fehlt. Das Schulwesen bedarf der Verbesserung, und die kann nur durch vermehrte Lehrerbildung erfolgen. Es sind hier Worte gefallen, die ich nicht unwillkürlich lassen kann, ohne den Vorwurf der Freibeit auf mich zu laden. Abg. Burlage sprach von „Zerlehen der Naturwissenschaft“, von denen man in oberen Kreisen glücklicher Weise abgenommen sei, die aber in unteren Kreisen sehr verbreitet wären. Ich habe die Ueberzeugung, daß bei dem Ablehnen der Ergebnisse der Naturwissenschaft in den oberen Kreisen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Das Wort „Zerlehen“ ist ein garstiges Wort und trägt den Stempel der Intoleranz an der Stirne. Man muß damit vorsichtig sein, weil heute manches als Wahrheit anerkannt wird, was man gestern als Zerlehen verschrie. Es giebt heute allgemeine Wahrheiten in der Naturwissenschaft, die vor einigen hundert Jahren als Zerlehen erklärt, und als todesstrafwürdige Verbrechen angesehen wurden. Es hat noch Niemand verlangt, daß die Ergebnisse der Forschungen von Darwin und Haeckel in den Lehrplänen der Volksschulen aufgenommen werden sollen. Schon mancher ist durch die Regelbetri zu den letzten Konsequenzen des Darwinismus gekommen. Auch die Ansichten darüber, was Religion ist, sind verschieden. Der Herr Kollege Schröder hat sich heute z. B. im Gegensatz zu Herrn Burlage zur Naturreligion bekannt. Dann hat der Abg. Burlage von Utopien gesprochen, die in der Welt herumgeschwirrt und gegen welche eine gute Volksschulbildung die Arbeiter widerstandsfähig zu machen im Stande sei. Wenn er damit die Forderungen der großen sozialen Bewegung unserer Zeit, der Sozialdemokratie meint, dann bekenne ich mich zu ihnen. Wenn Sie (zur Burlage gewendet) glauben, die Sozialdemokratie mit besserer Schulbildung überwinden zu können, gut — wir haben nichts dagegen, wir fürchten uns nicht davor, dann aber, Herr Burlage, müssen Sie auch für die sechste Seminarklasse stimmen. Je eher wir sie bekommen, wird ja die Sozialdemokratie verschwinden müssen. Daß wird aber nichts helfen. Die Sozialdemokratie ist nicht das Werk von Agitatoren oder Maulhelden, wie man oft zu sagen beliebt, sondern ein notwendiges Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung, was heute kein gebildeter Mensch mehr leugnet. Wenn man sie überwinden will, muß man ernste und durchgreifende Reformen einführen. Wir sind übrigens keine Unmenschen und arbeiten an deren Durchführung gerne mit. Der Abg. v. Hammerstein hat mit großer Wärme für die sechste Klasse gesprochen, will aber jetzt noch gegen dieselbe stimmen. Er hat das Vertrauen zur Regierung, daß sie die Klasse schon einrichten wird. Um diese Vertrauensseligkeit beneide ich den Abgeordneten v. Hammerstein nicht. Ich habe sie nicht, denn nach den Erklärungen des Herrn Ministers ist kaum anzunehmen, daß, so lange er im Amte ist, aus der sechsten Klasse etwas wird. Abg. Jürgens machte seiner berechtigten Abneigung gegen die Juristen Lust, die Alles, auch das Schulwesen, beherrschen wollen, ein Mißtrauen,

das Herrn Flor, wie er sofort erklärte, nicht rührt. Abg. Burlage behauptete noch, nicht die Reformator sei die Mutter der Volksschule, die Klosterschulen seien vielmehr Vorkämpferinnen der letzteren gewesen. Daß die Sozialdemokratie eine notwendige Erscheinung sei, könne er nicht einsehen, auch einzelne Ueberläufer wie Wrons seien kein Beweis dafür. Es folgte sodann die Abstimmung. Für den Antrag 1 stimmten nur Ahlhorn und Hug. Antrag 2 ward mit 19 gegen 14 Stimmen angenommen. Für ihn stimmten u. A. Hug und Dittmer, gegen Sommer, Köpfer, Dohm. Antrag 3 ward angenommen, abgelehnt dagegen Antrag 4 mit 19 gegen 14 Stimmen. Dafür waren resp. dagegen stimmten die Abgeordneten wie zu Antrag 4. In der folgenden Debatte über die Erweiterung des katholischen Seminars in Weich war bemerkenswert, daß der Abg. Ahlhorn-Osternburg aus dem Lehrplan des Weichster Seminars nachweisen konnte, daß die Seminaristen 41—48 Stunden Unterricht in der Woche haben. Das sei eine Ueberbürdung und müsse Abhilfe geschaffen werden. Er fragte den Minister, ob er keine Kenntnis davon gehabt habe. Reg.-Kom. Willich bezeugte es für ein Mißverständnis. Der Lehrplan sei noch nicht festgestellt. Abg. Ahlhorn präsentierte darauf ein Exemplar des bisherigen Lehrplanes, worauf am Regierungstisch alles beredt schwieg.

Lübecker Stadttheater.

„Wenn wir Todten erwachen“, dramatischer Epilog in drei Akten von Henrik Ibsen. Wie kommt Saul unter die Propheten, wie Ibsen auf die Bühne unseres Stadttheaters? möchte man fragen. Bisher hat sich unser städtischer Kunsttempel streng allen Kindern der Ibsen'schen Muse verschlossen. Selbst solche Dramen des großen nordischen Wahrheitsforschers wie „Ein Volksfeind“, „Nora“, die „Jogar“ schon hochbühnenfähig geworden sind, waren verpönt, zum Leidwesen aller ernsten Freunde einer ernsten Kunst. Und doch scheint mir ein dringendes Bedürfnis vorhanden zu sein, Ibsen auch in Lübeck eine Heimstätte zu bereiten. Wie sollte sonst anders der außerordentlich starke Besuch der Vorstellung am Dienstag zu erklären sein? Wir hörten allerdings die Meinung aussprechen, daß lediglich der vielversprechende Titel den Massenbesuch veranlaßt habe. Das kann möglich sein. Haben wir es doch schon häufig genug erlebt, daß Bücher ihre ungeheuren Erfolge nur spekulativ gewählten, sog. sensationellen Titeln verdankten. Allein in diesem Falle glauben wir es nicht. Wir neigen vielmehr der Ansicht zu, daß man aufrichtig das dringende Bedürfnis gefühlt hat, den großen nordischen Dichter, der bisher in Lübeck nur durch kümmerliche Versuche auf einer dürftigen Sommerbühne bekannt geworden ist, endlich auch einmal näher kennen zu lernen. Am Schluß der Vorstellung aber war festzustellen, daß der so arg verletzerte nordische Wahrheitsforscher besser ist als sein Ruf: das Publikum lehnte das Drama nicht ab, sondern erwies sich sogar dankbar durch lebhafteste Beifallsäußerungen. Sicherlich hat zu dieser guten Aufnahme der menschlich-allgemeinliche Inhalt des Dramas sein gut Teil beigetragen. Im Mittelpunkt des Dramas steht der Bühnenhelder Arnold Rubed. Er hat nur seiner Kunst gelebt, alles andere ergibt sich für ihn nicht, und doch will ihm der „große Ruf“ nicht gelingen. Er meistelt an einer Gruppe, die den Aufstrebungsgeboten verfürpfern soll, aber der Gruppe fehlt die Seele; er verwarf sie daher, wie so viele andere schon. Da bietet sich ihm ein junges, junonenhaftes Weib als Modell. Und es dient ihm mit dem ganzen Zauber seiner feuchten, noch unberühr-

ten Schönheit. Aus Liebe zu ihm und seiner Kunst hat Irene — so heißt das junge Weib — Haus und Familie verlassen, um ihm, nur ihm allein zu dienen. Was er so lange vergeblich versucht hatte, gelang jetzt. Eines Tages aber verschwindet Irene, spurlos, räthselhaft. Da die Statue fertig, betrübt es ihn wenig. Er hatte so wie so die ganze Geschichte mit dem Modell nur als eine „Episode“ betrachtet. Das Verschwinden Irenes berührt Rubed zudem noch um so weniger, als sein Werk ihm Ruhm, Ehre und klingende Münze in Hülle und Fülle einbringt. Von dem Erlös baut er sich eine Villa, auch freit er eine von den Töchtern des Landes, um sie als Hausfrau in die Villa zu setzen. Doch sein Weib, obwohl weiterfahren und klug, versteht ihn nicht; es ist oberflächlich und nicht fähig, ihm das verlorene Glück zu ersetzen. Rubed sucht Befriedigung in seiner Kunst, aber es will ihm nicht so recht gelingen. Die eine, die ihn verstand und zu großen Thaten begeistern konnte, ist verschwunden, seinem Gesichtskreis entrückt. Und doch ist sie näher, als er glaubt. Sie befinden sich sogar in demselben Babel und eines Tages treffen sie sich. Auf die Frage, weshalb sie ihn heimlich verlassen, antwortet sie ihm: „Weil Du ein Verbrecher an mir begingst.“ Rubed versteht sie nicht, er verwarft sich energisch dagegen, niemals ihrer weiblichen Ehre zu nahe getreten zu sein. Und da antwortet sie ihm: „Das eben ist es. Ich diene Dir mit meiner ganzen Schönheit und meiner ganzen Jugend und Du standest da und sahst mich nicht. Du nahmst meine Seele, weil Du sie für Dein Kunstwerk brauchtest, und als das Kunstwerk fertig war, warst Du auch mit mir fertig. Du sahst in mir nur die „Auserlesene“. Daß ich auch ein Weib mit menschlichem Empfinden und menschlichen Rechten war, bemerktest Du nicht, und mit Rücksicht begingst Du an mir, die Dir verschwendend alles gab, ein Verbrechen, und darum ging ich fort.“ Im Namen der Kunst („Du warst nur Künstler und nicht Mann“, sagt Irene) haben sich beide um ihr Liebesglück betrogen, das das höchste Glück auf Erden ist, und dafür den geistigen Tod gefunden. Den Inhalt des Dramas macht nun das Erwachen der beiden Todten aus, aber nur um zu erkennen, daß sie ihr Leben verzerzt haben. Und so gehen beide gemeinsam in den Tod. Auch Rubeds Frau, Raja, erwacht von den „Todten“. Sie, die lebenslustige junge Frau, die an der Seite des Professors keine rechte Befriedigung finden kann, wirft sich einem Harenjäger, der ihre Wege kreuzt, an den Hals. Während Irene und Rubed aber zu einem Scheidewege aufwachen, dem bald der Tod folgt, erwacht die unbedeutende Raja zu dem Leben, für das sie geschaffen. Den Zuschauer ergreift das Werk mit seiner erschütternden Klage um das Unwiderbringliche mächtig, und das um so mehr, als Rubed keine beschränkt individuelle Gestalt ist, sondern ein Typus; jeder bedeutende Künstler, ja jeder bedeutende Mensch hat Antheil an ihm. Das Dr. Heine-Ensemble, das am Dienstag mit beschränktem Mitteln das Drama herausbrachte, gab eine stimmungsvooll abgetönte Aufführung. Ueber dem Ganzen lagerte ein Hauch der Vertlarung. Den Professor Rubed gab Arthur Waldemar einfach, schlicht und ergreifend. Am Hervorragendsten aber war Helene Kiechers, die die überaus schwierige Rolle der Irene mit padendem Realismus zum Ausdruck brachte. Unvergleichbar war Mizzi Kallweit als Raja. Dem Harenjäger Ulfheim gab Eugen Schady einen Stich zu sehr in's Rüdchthalte, obwohl allerdings nicht zu verkennen ist, daß der ostbaltische Agrarier und der nordische Harenjäger viel Gemeinsames haben.

Dienstag Abend 6 Uhr entließ ich nach kurzer Krankheit unsere liebe Mutter und Großmutter
C. Steffen, geb. Alexander,
 im fast vollendeten 77. Lebensjahre.
 Tief betrauert von den Hinterbliebenen.
H. Land u. Frau, geb. Steffen.
W. Westfeling u. Frau, geb. Steffen.
C. Schröder u. Frau, geb. Steffen.
L. Koch u. Frau, geb. Steffen.
 Die Beerdigung findet Sonnabend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr vom Trauerhause aus statt.
Ein heizbares Logis zu vermieten
 Friedensstraße 61.
Ein freundliches Logis zu sofort zu vermieten
 Schönfambstraße 11 a.
Ein Logis zu verm. Engelsgrube 53, 3. Et., rechts.
Ein gutes Logis für 1—2 junge Leute mit voller Pension.
 Edt Weberstraße 41 a.
Gesucht ein Zimmer m. voller Pension
 Offerten unter **GP** an die Exped. d. Bl.
Gesucht zum 1. April eine Wohnung
 im Preise bis zu 160 Mk. von ruhigen Leuten.
 Offerten unter **Seh H** an die Exped. d. Bl.
Zu verkaufen eine Ziege
 Schönfambstraße 16.
Ein starker guterhalt. Kinderwagen
 zu verkaufen Jörckensstraße 5 (Wilhelmsböde).
Kachelofen zu verkaufen.
 Näheres Königstraße 14.
Ein Bett und eine Bettstelle
 billig zu verkaufen Regimentsstraße 24.
Ein Haus mit Stallung u. Einfahrt an der
 Schwartauer Allee. Ein Haus am Steinroderweg b. St. Lorenz-Kirchhof sollen unter günstigen Bedingungen verk. werden. Näh Ziegestraße 11.

Vollstg. Ausrüstungen
 für junge Leute, die sich dem
Seemannsberufe
 widmen wollen, empfiehlt
H. Prenzlau
 Unterstraße 66/67.
Prima Briketts u. zerschl. Coles
 empfiehlt billigst
Wilh. Bornemann
 Colonialwaaren-Handlung, Marktstraße 10 c.
Getr. Fliederbeeren
 Pfund 30 Pfg.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.
 Ich empfehle billigst:
Fettheringe
 feinsten Qualität
 und in allen Größen
 in Original-Tonnen und ausgepackt.
T. Buhrmann.
 Täglich frische
 hiefige Bündlinge und Sprossen.
Hans Wegener
 obere Bahnhofsstraße 10.
 Hiefige Bündlinge billigst
Fischrancherei Dornestraße 17 a.
Kartoffelland zu verpachten.
 Holdt, Wortwerk bei Lübeck.
Gesunden eine Damen-Uhr.
 Abzuholen Fitterstraße 6 a.

Bürgerlicher Mittagstisch
 Mittagessen 30 und 40 Pfg., Abendessen 30 Pfg.
 Frau Rieck, Mengstraße 21, part.
 Eröffnung 1. März 1900.
Für Kanarienzüchter! Kübsaat 5 Pfg., Singfütter Packet 25 Pfg. bei
Wilh. Schnoor, Hinter St. Petri 7.

Neuerst billiges Angebot!
 Für Confermandenausstattungen
Schwarze Kleiderstoffe:
 Schwarze Cachemires 50 Pfg. bis 3.00 Mk.
 per Meter
 Schwarze Granits 75 Pfg. bis 2.25 Mk.
 per Meter
 Schwarz. Fantasiestoffe 90 Pfg. bis 1.95 Mk.
 per Meter
 Schwarze Mohair- 98 Pfg. bis 5.00 Mk.
 Nouveautés per Mtr.
 Schwarze Alpaccas 75 Pfg. bis 3.50 Mk.
 per Meter
Farbige Kleiderstoffe
 große Auswahl, 50 Pfg. anfangend.
 per Meter mit
Futter-Artikel
 und Kleiderzutaten habe ich groß abgeschlossen und bleiben die alten niedrigen Preise bis weiter bestehen.
 U. A.:
 Doppelt. Zailenfutter Mtr. 35 Pfg.
 Satin-Ranking " 27 "
 Rauchsutter " 28 "
Eine Parthie weiße gefärbte Cashemires
 (sehr fein), per 1/2 Duzend 1.15 Mk.
 Stück 20 Pfg.
Confermanden-Anzüge
 große Auswahl — gute Verarbeitung, complet, per Anzug 6.75, 8.80, 12.25, 13.75 bis zu 28.00.
Otto Albers
 Lübeck
 Baarverkauf
 Kohlmarkt 10, Markt 4.

Halt! Halt!
 Herren-Hohlen 1.50 Mk.
 Damen- " 1.00 "
 Kinder- " von 70 Pf. an.
 Herren-Absätze 50 Pfg.
 Damen- " 40 "
 Sonst Kupferschmiedestraße,
 jetzt Fischergrube 21.
Halt! Halt!
 Empfehle mein Lager (eig. Fabrikat) in Herren- } **Strümpfen**
 Damen- }
 Kinder- }
 und Weinsängen billig.
 Alles wird angewirkt.
H. Hornbogen, Fischstraße 27.
 Mechan. Strumpf-Fabrik.
 Fernsprecher 776.

D. M. V.
Comitee-Sitzung
 am Freitag den 2. d. Mts.
 Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Circus Variété
 Der letzte Künstler-Spielplan.
Niemand
 sollte es veräumen, sich dieses hochinteressante Programm anzusehen.
Kolter-Talasschus
 die berühmten 5 Thurmteufel.
Troupe Wallenda
 Leben und Treiben im Zigeunerlager.
Lebende Photographien.
 Die neuesten Aufnahmen vom Kriegsschauplatz in Transvaal.
 Dazu: 8 weitere Attraktionen.
 Anfang des Concerts 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Stadt-Theater.
 Freitag. Schauspielpreise.
Die Goldgrube.
 Mittwoch den 7. März 1900.
Der Probekandidat.

Das Fractions-Bild
 der socialdemokratischen Partei
 des
deutschen Reichstags von 1898
 ist wieder vorrätzig und zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Anzeigen: Lübeck und Rathenow: Otto Friedrich. — Druck: H. Schwanitz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Schwanitz in Lübeck.

Unfallversicherungs-Kommission.

(Eigener Bericht des „Lüb. Volksb.“)

In der Sitzung am Dienstag wurde die Berathung darüber, wie die Unfallverhütungs-Vorschriften erlassen werden sollen, fortgesetzt. Nachdem in der vorigen Sitzung beschlossen worden war, daß auch fernerhin die Berufsvereinigungen mit dem Erlaß der Unfallverhütungs-Vorschriften betraut werden sollen, versuchten die Sozialdemokraten wenigstens innerhalb der Berufsvereinigungen eine volle Mitwirkung der Arbeiter zu sichern. Zu diesem Zweck beantragten sie, daß die endgültige Abstimmung über die Unfallverhütungs-Vorschriften stets erfolgen soll in einer Sitzung des Vorstandes, zu der die Vertreter der Arbeiter mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder zugezogen sein müssen. Hierdurch würde der jetzt vielfach zu Tage tretende Mißstand beseitigt werden, daß diejenigen Verordnungen, welche die Arbeitervertreter in der Vorstandssitzung durchgesetzt hatten, von der Genossenschaftsversammlung abgelehnt werden, weil in der letzteren die Vertreter der Arbeiter nicht zugegen sind und daher auch nicht ihre Urträge verteidigen können. Die Regierung gab sich wieder große Mühe, den jetzigen Mißstand zu erhalten. Die Berufsvereinigungs-Versammlung mußte bei der Abstimmung über die Unfallverhütungs-Vorschriften das letzte Wort haben, weil sonst die Unternehmer sich widerspenstig zeigen und die Vorschriften noch weniger beachten würden als bisher. Diese Neben machten aber wenig Eindruck selbst auf die bürgerlichen Abgeordneten, da die Ungerechtigkeit des von den Sozialdemokraten gerügten Mißstandes zu klar auf der Hand lag. Eine Abhilfe wurde daher von allen Parteien verlangt. Der sozialdemokratische Antrag ging jedoch den bürgerlichen Parteien weit in all den Fällen, in denen die Genossenschaftsversammlungen die Beschlüsse des Vorstandes unverändert annehmen oder nur ganz unwesentlich ändern. Im Laufe der Debatte schlug jedoch der Abgeordnete Köpcke-Deffau einen Zusatz zu einem der folgenden Paragraphen vor, wodurch der Mißstand, soweit er auch von den bürgerlichen Abgeordneten anerkannt worden war, beseitigt werden sollte.

Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß die Verhandlungen des Genossenschaftsvorstandes über die Unfallverhütungs-Vorschriften durch einen unparteiischen Vorsitzenden geleitet werden und zwar durch den Schiedsgerichtsvorsitzenden des Orts, an dem der Genossenschaftsvorstand seinen Sitz hat. Erst durch eine unparteiische Leitung würde das gleiche Recht der Arbeiter und Unternehmer gesichert sein. Außerdem könnte ein unparteiischer Vorsitzender durch angemessene Vermittlungsvorschläge zu einer Verständigung bei abweichenden Meinungen am besten beitragen. Auch dieser Antrag fand nicht die Mehrheit. Dagegen wurde ein Antrag Köpcke-Deffaus angenommen, wonach zu diesen Verhandlungen das Reichs-Versicherungsamt eingeladen werden soll. Letzteres wird dadurch die Möglichkeit gegeben, einen geeigneten Mann zu den Verhandlungen zu entsenden, der, ohne die Leitung zu übernehmen, alles das anspricht, was der sozialdemokratische Antrag von dem unparteiischen Vorsitzenden erwartete. Als eine weitere Verbesserung kann begrüßt werden, daß den Vertretern der Arbeiter mit der Einladung zur Berathung der Entwurf der Vorschriften zugestellt werden muß, über die berathen werden soll. Die Arbeitervertreter können sich jetzt also ihre Stellung zu den vorgeschlagenen Vorschriften vorher gründlich überlegen und etwaige Änderungsanträge zeitig vorbereiten. Die Vertreter der Arbeiter zu diesen Berathungen sollen nach dem Regierungsentwurf gewählt werden von den Ausschussmitgliedern der Invaliden-Versicherungsanstalten, die als Vertreter der Versicherten berufen sind. Obgleich dies Wahlverfahren ganz unpraktisch ist, wurde es doch von den bürgerlichen Abgeordneten angenom-

men unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, der geheime, gleiche und direkte Wahl durch die beteiligten Arbeiter forderte.

Nächste Sitzung Mittwoch.

„Teufelswerk.“

In Hameln hat der Bischof von Osnabrück, der bekannte Dr. Korum, einen Vortrag gehalten, in dem er gegen die modernen Sozialisten losging. Als Ursache in den sozialen Verhältnissen, meinte er, rügte daher, daß die Arbeiter die Landbesitzer für ihre Verhältnisse und nach den wahren Standen und Interessen geben. Dort würden sie eine Beute des Sozialismus.

Der gute Bischof hat ohne Zweifel der Zeit ganz richtig erkannt, und wir können auch keine Beforgnis über die unheimliche Macht der Sozialisten haben. Aber die Sozialisten sind ein gefährliches Element, das sich nicht durch bloße Worte zu beseitigen läßt, sondern nur durch die Anwendung der christlichen Liebe zu erlösen ist.

Der gute Bischof muß sich natürlich auch noch etwas überlegen, um den Sozialisten im Lande so unheimlich zu machen, um den Sozialisten so unheimlich zu machen, um den Sozialisten so unheimlich zu machen, um den Sozialisten so unheimlich zu machen.

„Christliche Liebe“ ist da sehr schön gesagt. Und damit man auch keinen Zweifel haben kann, was damit gemeint ist, so geben ultramontane und agrarische Blätter die Worte des frommen Gottesdieners gleich die entsprechende Auslegung.

Die Regierung, so heißt es in dieser Pössi, dürfe dem Sozialisten nicht die größten Gefahren mit sich bringen lassen; sie müsse dem immer weiteren Abströmen der landlichen Bevölkerung nach den Großstädten und Industriewerken einen Riegel vorschieben.

Mit anderen Worten: es werden wieder die alten Polizeiverordnungen gefordert, wonach jetzt ein Landbesitzer den Arbeiter verhaften darf. Das Maßregeln sind Aufhebung der Freizügigkeit, Bestrafung des Kontraktbruchs, Zwangsarbeit und Wohnungsverbot und was damit noch in Zusammenhang steht.

Und da spricht man von „Christlicher Liebe!“ Wir sind aber dem Bischof Korum für seine Offenheit dankbar, die wir nicht unterdrücken wollen. Früher, wenn die Agrarier von der Landlosigkeit in die Städte sprachen, da verachteten die frommen Junker die Augen für der Verdammnis der großen Städte, wo es ihnen doch auch so gut gefällt und wo sie sich im Land der Hameln und bei anderen schönen Gegenden so vornehmlich amüfien. Aber für den Arbeiter — für den sind diese Städte ein Eldorado und Paradies, sie sind die Stätten der Heiligkeit, der Gerechtigkeit und des höchsten Wohls. Und so kommt nun die obige Satzung und weist jeder Arbeiter den Sozialisten persönlich nach, wie sehr die Arbeiter und Arbeiter auf dem Lande die Hameln in den Städten an Zahl überflügeln, um nicht zu sagen, um nicht zu sagen, um nicht zu sagen.

Und da spricht man von „Christlicher Liebe!“ Wir sind aber dem Bischof Korum für seine Offenheit dankbar, die wir nicht unterdrücken wollen. Früher, wenn die Agrarier von der Landlosigkeit in die Städte sprachen, da verachteten die frommen Junker die Augen für der Verdammnis der großen Städte, wo es ihnen doch auch so gut gefällt und wo sie sich im Land der Hameln und bei anderen schönen Gegenden so vornehmlich amüfien. Aber für den Arbeiter — für den sind diese Städte ein Eldorado und Paradies, sie sind die Stätten der Heiligkeit, der Gerechtigkeit und des höchsten Wohls. Und so kommt nun die obige Satzung und weist jeder Arbeiter den Sozialisten persönlich nach, wie sehr die Arbeiter und Arbeiter auf dem Lande die Hameln in den Städten an Zahl überflügeln, um nicht zu sagen, um nicht zu sagen, um nicht zu sagen.

habe! Aber ich thue es nicht. Erschießt mich, wenn ihr wollt, und möge mein Blut über euch kommen! Heute morgen noch hätte ich gesagt, mein Vaterland werde mich rächen; jetzt kann ich das nicht mehr sagen, denn England hat uns verlassen und ich habe kein Vaterland mehr. Darum lege ich die Rache in Gottes Hand, der sie nie vergißt, auch wenn er manchmal zögert. Ich fürchte Euch nicht, erschießt mich gleich, wenn ihr wollt. Ich habe Ehre, Vaterland und Haus verloren, warum sollte ich nicht auch mein Leben verlieren?

Frank Müller richtete seine Augen auf des alten Mannes zuckendes Gesicht und ein triumphirendes Lächeln spielte um seine Lippen.

„Gefangener, es ist nun meine Pflicht, Sie im Namen Gottes und der Republik zum Tod durch Erschießen zu verurtheilen; morgen früh bei Tagesanbruch soll das Urtheil an Ihnen vollstreckt werden, und möge Ihnen der allmächtige Gott Ihre Sünden vergeben und Ihrer Seele gnädig sein.“

„Man führe den Gefangenen ab und sende einen reitenden Boten nach dem leeren Haus an der Bergseite, in dem der rothhärtige Engländer gewohnt hat, und lasse ihn den Geistlichen, der dort wartet, hierher bringen, damit er dem Verurtheilten Beistand leistet. Auch sollen zwei Mann auf dem Begräbnißplatz hinter dem Hause ein Grab für den Gefangenen schaufeln.“

Die Wachen legten ihre Hände auf die Schultern des Gefangenen, und ohne ein Wort zu verlieren, wandte sich dieser um und ging. Bessie verfolgte ihn durch die Mauerritze mit den Augen, bis seine langen, weißen Haare und die gebeugte Gestalt ihren Blicken entschwunden waren, dann endlich verlagten ihre durch die ausgestandenen Schrecken erschöpften Kräfte und sie brach ohnmächtig auf den Säden zusammen.

Unterdessen schrieb Frank Müller das Todesurtheil auf ein Blatt seines Notizbuches; am Ende desselben ließ er

verbrechen, Körperverletzung, Mord und Todtschlag u. s. m. betrifft. Der Bischof Korum hat wohl eingesehen, daß man das alte Märchen von der Unschuld vom Lande und von der größeren Verderbniß der Städte nicht mehr aufrecht erhalten kann. Er beklagt daher nur, daß die Arbeiter in den großen Städten eine Beute des Sozialismus werden.

Nun, kein Bischof und keine andere Macht der Erde wird diese Umwälzung aufhalten können. Der Bischof ist vorsichtig genug, von der „Erziehung der Arbeiter zur Feldarbeit“ unter Zuhilfenahme der christlichen Liebe zu sprechen, aber die Agrarier draußen meinen es anders. Diese kennen nur Zwangsmittel. Ueberall Zwang, wo sie eingreifen wollen. Die Grenzen wollen sie hermetisch gegen die landwirtschaftlichen Produkte anderer Länder abschließen; die Lebensmittelpreise wollen sie dem übrigen Theil der Bevölkerung diktiert; die unheimlichen Elemente wollen sie mit der Peitsche „zur Reison bringen“, nur den Landproleten wollen sie mit Polizeimeßregeln gleich dem Hütigen und Verbeugenen des Mittelalters an die Scholle fesseln, während sie die Arbeiterbewegung in den Städten mit der ersten Faust eines „starken Mannes“ durch Ausnahmsgesetze und Belagerungszustand lahmlegen möchten.

Wie weit der Fanatismus dieser Leute geht, erhellt aus einem Beispiel ganz besonders. Der evangelische Diakonverein, also eine tadelloste fromme Gesellschaft, unterhält drei Mädchenheime in der Rheinprovinz und in Thüringen. Der Vorstand hat nun Zukulare verfaßt, in denen kundgegeben wird, daß die Mädchen, die sich in diese Anstalten begeben, in nachgelegenen Sommeren arbeiten und sich etwas sparen können. Da die Bedingungen wirklich so günstig sind, wissen wir nicht, Aber die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des biden Dertel, erhebt ein grimmiges Geschrei und beschuldigt den Diakonverein des unheimlichen Verraths, daß er der Spinnerey-Industrie zuverlässige Arbeitskräfte zuführe und diese der Landwirtschaft entzöge, also die Leutenoth vermähre. Und das Aergste ist dem braven Dr. Dertel, daß man solchen Frevel mit dem „Aushangsbilde der Diakonie“ deckt!

Das ganze Gebahren des Agrarierthums wird nicht wenig dazu beitragen, das Klassenbewußtsein unter den vom Lande in die Städte strömenden Arbeitern zu wecken. Da müssen ja auch den hartnäckigen und indifferenteften Menschen schließlic die Augen aufgehen. Ueberall nur Zwang und Ausbeutung! Dem entgeht man zwar auch in der Industrie nicht. Immerhin ist aber der Proletarier dort kein so wehloses Wesen wie auf dem Lande; er steht nicht unter der Gefinnordnung und nicht unter der „Zucht“ des gnädigen Herrn, die hier häufig mit dem Prügel oder der Reitpeitsche identisch ist.

Wenn der Bischof Korum heute einen Blick in das sozialökonomische Getriebe thun will, so muß er sich davon überzeugen, daß es nur ein Mittel gäbe, die Arbeiter auf dem Lande festzuhalten: Man müßte die Eisenbahnen, die Telegraphen und die Maschinen überhaupt als Teufelswerk zerstören; man müßte die großen industriellen Anlagen vernichten und müßte überhaupt den mittelalterlichen Gewerbetrieb wieder allgemein und ohne jede Ausnahme im Lande einführen. Wir würden allen Respekt vor einem so furchterlichen Revolutionär haben, wenn es dem Herrn Dr. Korum möglich wäre, all' das moderne Teufelswerk aus der Welt zu schaffen. Aber es wird schwerlich gehen und der arme Bischof wird mit begreif-

habe! Aber ich thue es nicht. Erschießt mich, wenn ihr wollt, und möge mein Blut über euch kommen! Heute morgen noch hätte ich gesagt, mein Vaterland werde mich rächen; jetzt kann ich das nicht mehr sagen, denn England hat uns verlassen und ich habe kein Vaterland mehr. Darum lege ich die Rache in Gottes Hand, der sie nie vergißt, auch wenn er manchmal zögert. Ich fürchte Euch nicht, erschießt mich gleich, wenn ihr wollt. Ich habe Ehre, Vaterland und Haus verloren, warum sollte ich nicht auch mein Leben verlieren?

Frank Müller richtete seine Augen auf des alten Mannes zuckendes Gesicht und ein triumphirendes Lächeln spielte um seine Lippen.

„Gefangener, es ist nun meine Pflicht, Sie im Namen Gottes und der Republik zum Tod durch Erschießen zu verurtheilen; morgen früh bei Tagesanbruch soll das Urtheil an Ihnen vollstreckt werden, und möge Ihnen der allmächtige Gott Ihre Sünden vergeben und Ihrer Seele gnädig sein.“

„Man führe den Gefangenen ab und sende einen reitenden Boten nach dem leeren Haus an der Bergseite, in dem der rothhärtige Engländer gewohnt hat, und lasse ihn den Geistlichen, der dort wartet, hierher bringen, damit er dem Verurtheilten Beistand leistet. Auch sollen zwei Mann auf dem Begräbnißplatz hinter dem Hause ein Grab für den Gefangenen schaufeln.“

Die Wachen legten ihre Hände auf die Schultern des Gefangenen, und ohne ein Wort zu verlieren, wandte sich dieser um und ging. Bessie verfolgte ihn durch die Mauerritze mit den Augen, bis seine langen, weißen Haare und die gebeugte Gestalt ihren Blicken entschwunden waren, dann endlich verlagten ihre durch die ausgestandenen Schrecken erschöpften Kräfte und sie brach ohnmächtig auf den Säden zusammen.

Unterdessen schrieb Frank Müller das Todesurtheil auf ein Blatt seines Notizbuches; am Ende desselben ließ er

habe! Aber ich thue es nicht. Erschießt mich, wenn ihr wollt, und möge mein Blut über euch kommen! Heute morgen noch hätte ich gesagt, mein Vaterland werde mich rächen; jetzt kann ich das nicht mehr sagen, denn England hat uns verlassen und ich habe kein Vaterland mehr. Darum lege ich die Rache in Gottes Hand, der sie nie vergißt, auch wenn er manchmal zögert. Ich fürchte Euch nicht, erschießt mich gleich, wenn ihr wollt. Ich habe Ehre, Vaterland und Haus verloren, warum sollte ich nicht auch mein Leben verlieren?

Frank Müller richtete seine Augen auf des alten Mannes zuckendes Gesicht und ein triumphirendes Lächeln spielte um seine Lippen.

„Gefangener, es ist nun meine Pflicht, Sie im Namen Gottes und der Republik zum Tod durch Erschießen zu verurtheilen; morgen früh bei Tagesanbruch soll das Urtheil an Ihnen vollstreckt werden, und möge Ihnen der allmächtige Gott Ihre Sünden vergeben und Ihrer Seele gnädig sein.“

„Man führe den Gefangenen ab und sende einen reitenden Boten nach dem leeren Haus an der Bergseite, in dem der rothhärtige Engländer gewohnt hat, und lasse ihn den Geistlichen, der dort wartet, hierher bringen, damit er dem Verurtheilten Beistand leistet. Auch sollen zwei Mann auf dem Begräbnißplatz hinter dem Hause ein Grab für den Gefangenen schaufeln.“

Die Wachen legten ihre Hände auf die Schultern des Gefangenen, und ohne ein Wort zu verlieren, wandte sich dieser um und ging. Bessie verfolgte ihn durch die Mauerritze mit den Augen, bis seine langen, weißen Haare und die gebeugte Gestalt ihren Blicken entschwunden waren, dann endlich verlagten ihre durch die ausgestandenen Schrecken erschöpften Kräfte und sie brach ohnmächtig auf den Säden zusammen.

Unterdessen schrieb Frank Müller das Todesurtheil auf ein Blatt seines Notizbuches; am Ende desselben ließ er

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.

Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Kümlein.

48. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„So ist es“, bestätigte der Chor mit besonderer Begeisterung, denn die meisten der Richter waren selbst seiner Zeit für die Annexion thätig gewesen.

„Dann noch eins: dieser Mann hat eine Nichte, und alle guten Menschen müssen Sorge tragen, daß die Jungen nicht hilflos und verlassen bleiben, damit sie nicht in Verwahrlosung heranwachsen und das Wohl des Staates gefährden. In diesem Fall jedoch trifft dies nicht zu, denn das Mädchen erbt nach dem Gesetz die Farm, und es wird in der That nur gut für sie sein, wenn sie von einem so verzweifelten und gottlosen Mann befreit wird.“

„Und nun, nachdem ich euch meine Gründe nach allen Seiten auseinandergesetzt und euch ermahnt habe, nach bestem Wissen und Gewissen abzustimmen, gebe ich mein Votum ab. Während der feierlichsten Stille ringsumher hielt er inne und sah den alten Silas an, der nicht eine Miene verzog, und fuhr dann langsam fort: „Es lautet Tod!“

Nun wurden leise flüsternde Unterhaltungen hörbar, und Bessie, die den ganzen Vorgang durch ihren Mauerriß verfolgt hatte, stöhnte vor Kummer und Verzweiflung.

Dann sprach Hans Coesee. Es zerreißt ihm das Herz, sagte er, gegen einen Mann sprechen zu müssen, der ihm jahrelang fast ein Bruder gewesen. Aber dann, — was blieb ihm übrig? Er hat Böses geplant gegen ihr Land, gegen das theure Land, das ihnen der liebe Gott gegeben und das sie und ihre Väter bei verschiedenen Veranlassungen mit ihrem Blut getränkt hatten und das sie noch immer fortzuführen mit ihrem Blut zu tränken. Was mußte die Strafe für einen so schwarzen Verrath sein? wie konnte man

sich von andern verfluchten Engländern anders ein besseres Benehmen sichern, als indem man diese Strafe vollzog? Ach, auf diese Frage gab es nur eine Antwort, wenn er sie auch nur mit Thränen aussprechen konnte — und diese Antwort lautete: „Tod!“

Danach wurden keine Reden mehr gehalten, aber jeder Mann stimmte seinem Alter nach ab, als sein Name vom Präsidenten aufgerufen wurde. Erst gab es eine kleine Zögerung, denn manche unter ihnen hatten den alten Silas lieb und wollten ihn nicht gerne verurtheilen. Aber Frank Müller hatte sein Spiel sehr gut gespielt, und trotzdem er die Selbstständigkeit ihres Urtheils anrufen hatte, wußten sie genau, was geschehen würde, falls sie gegen den Präsidenten stimmten. So unterdrückten sie ihre besseren Gefühle mit der für solche Fälle charakteristischen Leichtigkeit und einer nach dem andern sprach das verhängnißvolle Wort.

Als alle abgestimmt hatten, redete Frank Müller den alten Silas an: „Gefangener, Sie haben das Urtheil vernommen. Ich brauche Ihnen Ihre Verbrechen nicht noch einmal aufzuzählen; es ist Ihnen ein ehrlicher und offener Prozeß vor dem Kriegsgericht, wie unsere Gesetze ihn vorschreiben, zu theil geworden. Haben Sie irgend einen Grund anzuführen, aus welchem das Urtheil nicht an Ihnen vollzogen werden soll?“

Mit klirrenden Augen blickte der alte Silas um sich und warf seine langen weißen Haare in den Nacken wie ein Löwe seine Mähne, wenn er sich zur Wehre setzt.

„Ich habe nichts zu sagen. Wenn ihr morden wollt, so mordet! Thue es nur, du hartherziger Schurke, der du bist! Ich könnte auf meine grauen Haare, auf meinen ermordeten Diener weisen, auf mein Haus, das ich mir in zehn Jahren aufgebaut und das ihr zerstört habt! Ich könnte euch sagen, daß ich ein guter Bürger war und mehr als zwanzig Jahre lang friedlich und nachbarlich im Lande gelebt und manchem unter euch, der mich jetzt kalten Blutes ermorden will, Freundschaft über Freundschaft erwiesen

habe! Aber ich thue es nicht. Erschießt mich, wenn ihr wollt, und möge mein Blut über euch kommen! Heute morgen noch hätte ich gesagt, mein Vaterland werde mich rächen; jetzt kann ich das nicht mehr sagen, denn England hat uns verlassen und ich habe kein Vaterland mehr. Darum lege ich die Rache in Gottes Hand, der sie nie vergißt, auch wenn er manchmal zögert. Ich fürchte Euch nicht, erschießt mich gleich, wenn ihr wollt. Ich habe Ehre, Vaterland und Haus verloren, warum sollte ich nicht auch mein Leben verlieren?

Frank Müller richtete seine Augen auf des alten Mannes zuckendes Gesicht und ein triumphirendes Lächeln spielte um seine Lippen.

„Gefangener, es ist nun meine Pflicht, Sie im Namen Gottes und der Republik zum Tod durch Erschießen zu verurtheilen; morgen früh bei Tagesanbruch soll das Urtheil an Ihnen vollstreckt werden, und möge Ihnen der allmächtige Gott Ihre Sünden vergeben und Ihrer Seele gnädig sein.“

„Man führe den Gefangenen ab und sende einen reitenden Boten nach dem leeren Haus an der Bergseite, in dem der rothhärtige Engländer gewohnt hat, und lasse ihn den Geistlichen, der dort wartet, hierher bringen, damit er dem Verurtheilten Beistand leistet. Auch sollen zwei Mann auf dem Begräbnißplatz hinter dem Hause ein Grab für den Gefangenen schaufeln.“

Die Wachen legten ihre Hände auf die Schultern des Gefangenen, und ohne ein Wort zu verlieren, wandte sich dieser um und ging. Bessie verfolgte ihn durch die Mauerritze mit den Augen, bis seine langen, weißen Haare und die gebeugte Gestalt ihren Blicken entschwunden waren, dann endlich verlagten ihre durch die ausgestandenen Schrecken erschöpften Kräfte und sie brach ohnmächtig auf den Säden zusammen.

Unterdessen schrieb Frank Müller das Todesurtheil auf ein Blatt seines Notizbuches; am Ende desselben ließ er

dem Schmerz zusehen müssen, wie immer mehr Arbeiter zur Beute des Sozialismus werden. Seine beweglichen Klagen haben unser aufrichtiges Mitleid erweckt. Aber helfen können wir ihm nicht aus der Verderbnis dieser Zeit; er hätte eben 500 Jahre früher zur Welt kommen sollen.

In einem Industriestaat kann weder Priester- noch Junkterherchaft auf die Dauer bestehen. Wenn die Bischöfe dies begreifen, dann geben sie ihre Sache verloren, denn die Umwandlung der modernen Staaten in Industrielande kann mit keiner Gewalt, sei es eine geistliche oder eine andere, mehr aufgehalten werden.

Für die „Gottesstreiter“ mag dies wie eine Art Weltuntergang erscheinen.

Nun, wenn die alte Welt untergeht, dann kommt nach ihr die von Millionen ersehnte neue Welt.

„Wo der Mensch von der Menschheit Höhn Unentert durch die Schöpfung blüht!“

Das dies Priestern und Junktern und Bourgeois nicht gefallen wird, glauben wir. Die Proletarier werden sich darob nicht beklagen. („Hamb. Echo.“)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Vom Streik der Berliner Möbeltischler ist zu berichten, daß am Montag 443 Arbeiter ausgesperrt wurden, ferner sind 121 in den Streik getreten, indem sie die Forderung geltend machten, 82 Geleihen haben die Forderung bewilligt erhalten, so daß 1800 zu den neuen Bedingungen arbeiten. Ingesamt befinden sich 6472 Arbeiter im Streik, im Laufe des Tages sind 92 Streikende abgereist. — Die Lohnbewegung der Berliner Tapezierer nimmt einen andauernd günstigen Verlauf. Die Lohnkommission berichtet, arbeiten bereits über 300 Gehülften bei 100 Unternehmern zu den neuen Bedingungen, während sich nur noch etwa 80 Mann im Ausstande befinden. — Der Streik der Satler in der Witticher'schen Militärarefekt-Fabrik zu Eisleben wurde zu Gunsten der Ausständigen beendet. — In der Schuhfabrik von W. Hühne in Weisepfels sind wegen Lohnabzuges Differenzen entstanden. Sämtlichen Arbeitern wurde gekündigt. — In Sien (Norwegen) befinden sich die Schneider und Näherinnen im Ausstand. — Der Ausstand der Antwerpener Metallarbeiter dauert unverändert fort, so daß die Dampfer, die mit Beschädigungen in den Antwerpener Hafen einlaufen, gezwungen sind, zu deren Ausbesserung einen anderen Hafen aufzusuchen. Das ist ein beträchtlicher Verlust nicht nur für die Antwerpener Industrie, sondern auch für den Handel, da er alle Bestellungen dieser Schiffe einbüßt. Beide Parteien beharren auf ihrem Standpunkte. Die bedeutende Firma Booth hatte sich an das Syndikat gewendet, um 76 Arbeiter für eine dringliche Arbeit zu erlangen; als aber das Syndikat erfuhr, daß der von den Arbeitgebern bestimmte neue Lohnsatz in Kraft bleibt, wurde jedes Arbeiten abgelehnt. Es sind mehr als 1800 Metallarbeiter ausständig. — Der Bergarbeiterstreik in Carmauz dauert fort. Die Grubengesellschaft hat sich geweigert, die Entscheidung eines Schiedsgerichts, wie die Arbeiter vorschlugen, anzunehmen. In der „Petite République“ führt Saurès aus, daß die von der Grubengesellschaft und anderen Industriellen betriebene Politik eine Politik des Bürgerkrieges sei, in welchen diese hartnäckigen Reaktionen die Republik verwickeln wollen.

Zur Bergarbeiterbewegung in Mitteldeutschland. Im Weisepfeler Revier ist nach der „Frankf. Ztg.“ die Zahl der Streikenden Dienstag früh auf 250 gesunken. Der Ausstand ist ersichtlich im Abnehmen. Im Weisepfeler Revier haben einige Werke Zugeständnisse gemacht.

Die „arbeiterfreundliche“ Regierung. Aus einer vertrauenswürdigen Quelle wird der „Frankf. Ztg.“ mitgeteilt, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen der badischen und der Reichsregierung schweben, die dahin zielen, daß künftig der Jahresbericht des badischen Fabrikinspektors nicht mehr selbstständig veröffentlicht werde, sondern zunächst nach Berlin wandere und dort zusammen mit den preussischen Berichten herauskomme. Vermutlich schweben ebenbürtige Verhandlungen mit anderen deutschen Regierungen. Dazu bemerkt der

Gewährsmann des Frankfurter Blattes: „Der Zweck dieser Maßnahme kann nur der sein, daß man in Berlin in der Lage sein möchte, unbehagliche Ausführungen des anerkannt objektiven badischen Fabrikinspektors zu unterdrücken oder zurecht-zustellen, wie man ja auch in der Denkschrift zur Zucht-hausvorlage von der badischen Regierung gelieferte Material sehr eigentümlich verarbeitet hat. Daß dadurch die werthvollen Berichte des badischen Fabrikinspektors bedeutend an Werth verlieren würden, liegt auf der Hand.“ Das würden sie in der That. Es scheint jedoch, daß man eben in Berlin aufrichtige Berichte über die Lage der Arbeiter nicht vertragen kann.

Der Zwickauer Bergarbeiterstreik ist beendet. Die Arbeiter haben nichts erreicht. Dieses Ergebnis war von vornherein wahrscheinlich, da es den Arbeitern an entsprechender Organisation und genügenden Mitteln fehlte, aber wenn für die Ausständigen irgend eine Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, so würde sie durch die Haltung der Behörde zunichte geworden sein. Was Gesetz und Verwaltung an Handhaben zum Lahmlegen einer Arbeiterbewegung bieten, das haben die sächsischen Behörden rechtlich angewandt. Der kleine Belagerungsstand hat es den Streikenden unmöglich gemacht, unter einander in Fühlung zu treten und sich auszupressen; eine Auslegung des Berggesetzes ließ ihnen nur die Wahl zwischen Verzicht auf das Recht zu streiken und materieller Schädigung u. s. w. Unsere Parteiblätter in Sachsen haben daher ein Recht auszurufen: „Die Regierung ist Mitschuldige an dem erfolglosen Ausgange des Bergarbeiterstreiks.“ Man hat eben wieder einmal deutlich gesehen, was das Koalitionsrecht, das auf dem Papier steht, im Königreich Sachsen werth ist. Man hat ferner wieder gesehen, daß die königlich sächsische Regierung den sozialen Bewegungen ganz verständnislos gegenübersteht. Minister v. Meißner hat es den Arbeitern sehr übel genommen, daß sie streikten, obwohl sie in keiner „Nothlage“ gewesen seien. Es wird ihm aber kaum schon eingefallen sein, einem Kaufmann einen Vorwurf daraus zu machen, daß er seine Waaren im Preise erhöhte und sich weigerte, sie billiger abzugeben. Daß es sich beide Male im Grunde um dasselbe handelt, davon keine Spur von Erkenntnis. Und das ist der Fall im Königreich Sachsen, dem deutschen Industrieland par excellence, wo man mehr als anderswo alle Ursache hätte, auf die Hebung der Arbeiterchaft, als der weitaus größten Bevölkerungsschicht, bedacht zu sein!

Ein Zeugniszwangsverfahren gegen die „Reuß. Tribüne“ in Sicht! Redakteur Seifarth war vor das Amtsgericht Gera geladen, um in einer Disziplinaruntersuchungssache gegen den Landrath'samts-Assistenten Richter in Schleiz als Zeuge vernommen zu werden. R. steht in dem vollständig unbegründeten Verdacht, Verfasser eines Artikels des genannten Blattes zu sein, in welchem eine Verfügung des Gemeindevorstandes in Schleiz an eine schon drei Jahre unter der Erde ruhende Frau, die zufällig die Schwester des R. war, in gebührender Weise kritisiert wurde. In derselben Angelegenheit fand vor einiger Zeit in den Redaktionsräumen eine Hausdurchsuchung nach dem betreffenden Manuscript statt, die aber resultatlos verlief. Seifarth lehnte es ab, sich als Zeuge vernehmen zu lassen, bekannte sich aber zum Verfasser jenes Artikels. Tropdem wurde ihm das Zeugniszwangsverfahren angekündigt.

Der Schriftsteller Franz Herzfeld aus Berlin (Pseudonym Franz Held) ist nach einer Meldung aus Gries bei Bozen irrsinnig geworden und mußte in einer Irrenanstalt interniert werden. Er brachte in Berlin vor einigen Jahren mit einer von ihm begründeten „Festobühne“ ein Drama: „Manometer auf 99“ zur Aufführung, später ein „Fest in der Bastille“; er las auch öffentlich aus einzelnen seiner epischen Dichtungen vor. Franz Held war Mitarbeiter am „Süddeutschen Postillon“. Auch der „Lübecker Volksb.“ veröffentlichte vor Jahren ein Feuilleton von ihm, das viel Anklang bei den Lesern fand. Das tragische Schicksal Helds wirkt um so jähreschmerzlicher, wenn man erfährt, daß auch die Frau des unglücklichen Dichters vor einigen Monaten dem Wahnsinn verfiel.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Von einem Militärposten erschossen wurde Sonnabend Nacht in Brandenburg auf dem Görden ein dem Arbeiterstande angehöriger Mann. Nach einer Mittheilung soll der Unglückliche, von dem Posten aus den Schießständen gemessen, diesen mit einem Knüttel

heran, der versuchte, auf Grund seiner vernachlässigten Erziehung um die Sache heranzukommen, und vorgab, er könne nicht schreiben, welche Entschuldigung ihm nur wenig nützte, da Franz Müller gelassen seinen Namen für ihn schrieb und er sein Zeichen daneben setzen mußte. Danach gab es keine Schwierigkeiten mehr, und Mann für Mann schrieben sie ihren Namen auf die Rückseite des Urtheils und verließen dann den Raum, bis Franz Müller schließlich allein auf der Sähebahn sitzen blieb und mit der einen Hand seinen goldenen Bart streichelte, während er in der anderen das Urtheil hielt. Plötzlich hörte er auf, seinen Bart zu lieblosen, und sah ein paar Minuten lang ganz ruhig, wie in Stein gehauen. Die Nachmittagssonne war um diese Zeit hinter dem Hügel verschwunden und das Wagenhaus war voll tiefer Schatten, die sich alle um ihn zu lagern und ihn mit einer düsteren, geheimnißvollen Größe zu umkleiden schienen. In diesem Augenblick sah er aus wie der König der Sünde, dem auch die Sünde hat, gerade wie das Gute, ihre Fürsten, die sie mit dem Stempel ihrer Macht siegelt und mit ihrem eignen Diadem krönt, — und unter diesen war Franz Müller höher einer der größten. Ein leichtes Lächeln des Triumphes lag auf seinem schönen, graumalen Gesicht, leuchtete in seinen kalten Augen und zog bis hinunter in den gelben Bart. So hätte er zu einem Bild seines Herrn und Meisters, Lucifer, sitzen können.

Plötzlich erwachte er aus seiner Träumerei. „Ich habe sie!“ jagte er zu sich selbst, „ich habe sie in meiner Gewalt! Sie kann mir nicht entgehen, sie kann den allen Mann nicht sterben lassen! Diese Bauernhunde haben meiner Absicht gut gebiegt; man kann auf ihnen spielen wie auf einer Fiedel, und ich bin ein guter Spieler.“ — ja wohl, und nun wollen wir das Lied zu Ende bringen!“

(Fortsetzung folgt.)

bedroht haben. Nach anderen Berichten soll der Mann in den Schießständen umhergestreift sein und auf Anrufen des Postens nicht geantwortet haben. Theilweise wird auch behauptet, daß der Posten schon auf eine sehr kurze Entfernung hin geschossen und den Mann daher sofort tödtlich getroffen habe. — Das Schöffengericht in Elbing hat am Montag 113 Personen wegen Diebstahls bzw. Hehlerei zu der Mindeststrafe von je einem Tag Gefängniß verurtheilt. — Das Schwurgericht in Danzig hat den Kellner Altenburg und den Hausknecht Schröder wegen vorsätzlicher Gefährdung eines Eisenbahntransports zu je drei Jahren Zuchthaus verurtheilt. Die Weiden hatten aus Rache darüber, daß sie wegen Skandalirens auf dem Bahnhof von Oliva von der Bahnfahrt ausgeschlossen wurden, mehrere große Steine auf das Geleise der sehr frequentirten Bahnstrecke Danzig-Poppo gethoben, um eine Entgleisung des Zuges zu bewirken. Die That wurde noch rechtzeitig entdeckt und so großes Unglück verhütet. — Gegen eine Grobhandlung in Wiesbaden werden Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden. Die zahlende Nachsteuer nebst Strafe beziffert sich zusammen auf rund 100 000 Mk. — Zu einer aufregenden Szene kam es am Montag während der Vorstellung der „Vettlerin von Port des Arts“ im Kölnner Stadt-Theater. Aus dem Fuße des Gasfabrikalters züngelte plötzlich eine hohe Flamme die den Schleier der die Vettlerin darstellende Frau Rüdiger erfaßte und ihn in Brand setzte. Zwei mitwirkende Künstler sowie einige Feuerwehrleute sprangen eiligst hinzu, löschten den Brand und brachten die aufs höchste erschrockene Dame außer Gefahr. — Eine neue Untersuchungsaffäre wird am Kalizien gemeldet. Aus Szendzirow sückete der Direktor der Vorschubbank, Franz Szendzielowski, nach Vertreibung von 170 000 Gulden. Die geschädigten Sparanlagen sind durchweg arme Bauern. — Zusammengebrochen ist in Folge der letzten Regengüsse eine der großen Kellereien die sich unter den Felsen von Epernay bis Reims hinziehen, die des Champagnerfabrikanten Bol Roger in Epernay. Die Keller sind 20—20 Meter tief gestürzt und gleichzeitig hat sich eine Straße Epernays um 4 Meter gesenkt. Ein ganzes Viertel der Stadt ist durch die Katastrophe bedroht bei der glücklicherweise kein Menschenleben zu Grunde gegangen ist. Dagegen ist der materielle Schaden ungeheuer. Es sind nicht weniger als 500 Stückfässer und 1 1/2 Millionen Flaschen Champagnerwein vertrieht worden. — Eine gewaltige Schneelawine stürzte Sonntag in das Alpenthal von Molasso bei Turin nieder. Der Steinsücker Micheli und sein vierzehnjähriger Sohn aus Prazzo, die auf dem Monte Trabucchi nach seltenen Steinen suchten, wurden von der Lawine mit fortgerissen und unter ihr begraben. Man fand die Verunglückten im Schnee als Leichen wieder. — Im letzten Sturm gingen, wo jetzt festgestellt ist, vier Fischerfahrzeuge mit 29 Mann Besatzung auf der französischen Küste unter. Acht englische Fischdampfer mit 72 Mann werden vermißt.

Explosion. Dienstag Nachmittag 6 Uhr explodirte in der Brauerei von Gebr. Bof in Barren beim Verpochen ein Lagerfaß. Der Theilhaber der Firma August Bof sowie der Braumeister Jch wurden getödtet. Mehrere Arbeiter erlitten Verletzungen.

Wo zu reichsständische Schutzleute Verwendung finden, lehrt nachfolgendes Schriftstück aus Mühlhausen welches die Straßburger „Freie Presse“ durch einen Zufall zu veröffentlichen in der Lage ist: „Verzeichnis der Beamten, welche an Kaisers Geburtstag nicht geflaggt haben: 1) Haack, Karl, Bürgermeister; 2) Fischer, Max, Schuldirektor; 3) Schiere, Andreas, Steuerbote und pensionirter Schuhmann; 4) Würmer, Franz, penj. Wirthmeister; 5) Decker, Gottfried, Briefbote; 6) Stahl, Emil, Landgerichtskassenschriftführer; 7) Biendorf, Johann, Oberlehrer; 8) Bippus, Casimir, penj. Bremser; 9) Gundel, Carl, Steuer-aufscher; 10) Dr. Haber, Carl Wilhelm, Professor; 11) Gimmighaus, Bernhard, Landgerichtsdirektor; 12) Klug, Josef, Aug., Rechtsanwält; 13) Bettghofer, Lud., Theobald, Briefbote, Günzinger, Schuhmann.“ — Dieses nette Pröbchen polizeilicher Schnüffelei, bemerkt die Straßburger „Freie Presse“ hierzu, gesteht mehr ein, als mancher Staatsstube lieb sein wird. Wir sind zwar nicht optimistisch genug, uns darüber zu freuen, daß diese nicht flugenden Herren etwa gar republikanisch gesinnt wären — nicht einmal republikanisch angehaucht sind sie. Nein, es sind Alles „gute echte Patrioten“, denen man das Gegen-theil, ohne sie zu beleidigen, nicht sagen dürfte. Daß aber diese jährliche Nachschau zur Ergreifung des Vollmaßes an Patriotismus, dessen sich ein deutscher Beamter nach polizeilicher Auffassung hinzugeben hat, notwendig erscheint, ist das Ergößlichste am Schriftstück. Wir glauben kaum sehr zu gehen, wenn wir diese Schnüffelei auf höhere Instanz beschle zu rückführen, und grade deswegen ist es bezeichnend und höchst traurig für einen solchen Staat, der eine solche Gesinnungsriechelei in's Werk setzt, um sich über die „Loyalität“ seiner Beamten zu unterrichten. Wenn bei den maßgebenden Kreisen bereits solche Befürchtungen herrschen, daß es nöthig erscheint, alljährlich die „Fundamente des Staates“ auf ihre Mordtheit zu prüfen, so haben wir Sozialdemokraten alle Veranlassung, uns darüber zu freuen und vergnügt der Zukunft entgegen zu sehen.

Was der verlorene Sohn dachte. Zu den Ob-liegenheiten des Anstaltsgeistlichen in dem Lippstadt benachbarten Orte B. gehört es, den wenigen evangelischen Kindern des Ortes, die sonst die katholische Volksschule besuchen, Religionsunterricht zu ertheilen. Kürzlich erzählte er ihnen die Geschichte vom „Verlorenen Sohn“ und hatte gerade sehr lebhaft dessen Hunger und Elend geschildert. „Was dachte der verlorene Sohn nun wohl?“ fragte er. Da hebt das Töchterchen eines Auserwählten ganz munter den Finger an und antwortet: „Er dachte, ich will mich erst mal ein kleines Sweinken schlachten.“

Vom „Knieenden“ Erzbischof. Die „Germania“ bemerkt zu der Mittheilung, der Maler William Pape werde in einem großen Bilde den Moment veranschaulichen, in welchem der Erzbischof Dr. Simar von Köln dem Kaiser knieend den Treueid leistete, „daß der hochwürdigste Erzbischof den Eid nicht knieend, sondern neben dem Kultusminister stehend abgelegt hat.“ — Daß der Erzbischof knieend den Eid geleistet habe, war von einem Berliner Blatte behauptet worden, daß sich als Moniteur der Hofmeisterreise zu geben pflegt.

Platz für seine Unterschrift frei, denn er hatte seine eigenen Gründe, es nicht gleich zu unterschreiben. Dagegen ließ er es der Reihe nach von allen unterzeichnen, die bei diesem Scheinverfahren den Gerichtshof gebildet hatten, wobei er die Absicht hatte, jeden einzelnen durch seine Unterschrift zum Mitschuldigen an diesem Justizverbrechen zu machen. Nun sind die Buren zwar schlechte, ländliche Leute, aber sie waren doch nicht einseitig genug, um die Absicht eines derartigen Verfahrens nicht zu durchschauen, und nun folgte eine lehrreiche kleine Scene.

Bis zum letzten Mann hatten sie willig ihre Zustimmung zur Hinrichtung des alten Mannes gegeben, aber sie waren keineswegs gewillt, dies auch noch schwarz auf weiß festzustellen. Sobald sie die Absicht ihres gefährdeten Anführers durchschauten, machte sich der allgemeine Wunsch, zu verdünnen, fühlbar; plötzlich hatten sie alle außerhalb des Wagenhauses zu thun, und es folgte ein allgemeiner Verzuch, sich davonzumachen. Es waren mehrere aus ihrer aus dem Stegreif errichteten Geschworenengericht gesprungen und näherten sich, den furchtsamen Hans an der Spitze, dem Ausgange, als Franz Müller ihre Absicht erkannte und mit Donnerstimme rief: „Halt! nicht ein Mann verläßt diesen Platz, bis das Urtheil unterschrieben ist.“

Sofort machten die Männer Halt und sahen ganz unbefangen und unschuldig aus.

„Hans Coeber, kommen Sie her und unterschreiben Sie,“ jagte Müller wiederum, worauf dies unglückliche Menschen-kind mit so guter Miene, als er irgend annehmen konnte, vortrat, wobei er zahlreiche und schwere, wenn auch nicht laute Verwünschungen gegen „diesen Teufel von einem Mann, Franz Müller,“ vor sich hin murmelte.

Da er aber nichts machen konnte, schrieb er mit großen, wackeligen Buchstaben seinen Namen unter das verhängnisvolle Schriftstück. Dann rief Müller einen anderen Mann